

Krakauer Zeitung.

Nr. 246.

Freitag, den 26. October

1860.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementsspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nr., mit Versendung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergepaltenen Petitzelle für IV. Jahrgang. die erste Einrückung 7 fl., für jede weitere Einrückung 3½ fl.; Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den f. f. General-Major, Karl Zaisel, in den Adelstand des Österreichischen Kaiserstaates mit dem Prädikate „von Eggenb“ allgemein zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Oktober d. J. in Anerkennung der verdienstlichen Mitwirkung bei Drucklegung des für die Arabischen Schulen zu Zahlreichen Syrien bestimmten Griechisch-katholischen Schulbuches dem Bischof des Griechisch-katholischen Bischofs zu Zahlreichen Domherrn Moses Makha, das Mitterkreuz des Franz Joseph-Ordens und dem bischöflichen Sekretär, Philipp Nemer, das goldene Verdienstkreuz mit der Kette allerhödig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben dem Landesgerichts-Präsidenten, Franz Steidl von Tulechow in Troppau, die angeforderte Verleihung in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand unter Bezeugung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen und ehrstarken Dienstleistung allgemein zu bewilligen geruht.

Am 25. Oktober 1860 ist in der f. f. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LIV., LV. und LXI. Stück des Reichsgesetzbuches ausgegeben und versendet worden.

Das LIV. Stück enthält unter Nr. 225 das kaiserliche Manifest vom 20. Oktober 1860; Nr. 226 das kaiserliche Diplom vom 20. Oktober 1860, zur Regelung der inneren staatlichen Verhältnisse der Monarchie.

Das LV. Stück enthält unter Nr. 227 das kaiserliche Patent vom 20. Oktober 1860, womit das Statut über die Landesvertretung im Herzogthume Steiermark erlassen wird.

Das XVI. Stück enthält unter Nr. 228 die Verordnung der Ministerien des Innern und der Justiz vom 13. Oktober 1860, willkam für die Königreiche Kroaten und Slavonien, über die Wahrung des Rücklängsrichtes von Zins- und Berg-Gründen;

Nr. 229 den Erlass des Finanzministeriums vom 20. Oktober 1860, willkam für alle Kronländer, betreffend die teilweise Aufhebung der bestehenden Verbote der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Waffenbeständen, Munition und Munitionsgegenständen;

Nr. 230 die kaiserliche Verordnung vom 21. Oktober 1860, willkam für alle Kronländer, mit Ausnahme des Lombardisch-Venetianischen Königreichs, wegen Ausprägung von Kupfer-scheidemünzen zu vier Kreuzern Oesterl. Währung.

In Folge der Allerhöchsten Patente vom 21. März 1818 und 23. Dezember 1859 wird am 2. November d. J. um 10 Uhr Vormittags in dem für die Verlosungen bestimmten Lokale im Bankhaus in der Singerstraße die 325, 326 und 327. Verlosung der älteren Staatschuld, hierauf die erste Verlosung der Gewinn-Nummern der Schulverschreibungen des fünfzehnzigsten Lottos-Anleihens vom 15. März 1860 vorgenommen werden.

Von der f. f. Direktion der Staatschuld.

ständischen (Domestikal-) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum Steiermarks bildenden Landesvermögens, dann der ausständischen und Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Instalten.

Landtagsbeschlüsse, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder Verpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

Der Landtag verwaltet das Domestikalvermögen und das Kredits- und Schuldenswesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der diesfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landessond und den Grundlastungsfond des Herzogthums Steiermark mit genauer Beachtung der gesetzlichen Widmungen und Zwecke dieser Fonde.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Fonde und Instalten des Landes erforderlichen Mittel, insofern die Einkünfte des bestehenden Stammvermögens nicht zu-

reichen.

Er ist berechtigt zu diesem Zwecke Zuschläge zu den

direkten landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Per-

zentile derselben umzulegen und einzuhaben. Höhere Zuschläge zu den directen Steuern oder sonstigen Lan-

desumlagen bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

Die mitwirkende und überwachende Einflussnahme des Landtags in Steuersachen, namentlich im Betreff der Umlegung, Einhebung und Abschaffung der landes-

fürstlichen directen Steuern wird durch besondere Vor-

schriften bestimmt.

Dem Landtag steht zu die Oberaufsicht über die

Gemeinden im Lande nach Maßgabe der Gemeinde-

Gesetze.

Der Landtag beschließt über die Systemisierung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landtagsausschüsse beigelegenden Beamten und Diener, er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinar-

Behandlung, ihre Ruhe- und Verpflegungsgefüsse und

die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instruktionen.

Der Landtagsausschuss besorgt die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Lan-

desfonde und Instalten und leitet und überwacht die

Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und

Diener. Er hat darüber, so wie über die Ausführung

der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtag Rech-

tschaft zu geben und Anträge in Landesangelegen-

heiten für den Landtag über Auftrag desselben oder

aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

Der Ausschuss vertritt den Landtag in allen Rechtsstreiten; das dem Lande oder den vormaligen Stän-

den des Landes zufehrende Patronats- und Präsen-

tationsrecht, das Vorschlags- und Ernennungsrecht für

Stipplände oder Stipendiens, das Recht der Aufnahme

in ständiche Anfalten und Stiftungen wird vom Land-

tagsausschusse geübt.

Die näheren Weisungen über die diesem Ausschusse

zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Be-

förderung bleiben der vom Landtag zu ertheilenden In-

struktion, und in Betreff der Einflussnahme auf Ge-

meindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürst-

lichen Steuern, den besonderen Gemeinde- und Steuer-

Gesetzen vorbehalten.

Die Bestimmungen über die Geschäftsbearbeitung sind folgende:

Der über ordnungsmäßige Einberufung versam-

melter Landtag hat die zu seinem Wirkungskreise gehörigen Angelegenheiten in Sitzungen zu verhandeln

und zu erledigen.

Die Sitzungen werden von dem Landeshauptmann

angeordnet, eröffnet und geschlossen.

Der Landeshauptmann bestimmt die zu verhandeln-

den Gegenstände und deren Reihenfolge.

Wegen Ertheilung von Auskünften und Aufklärungen bei einzelnen Verhandlungen durch Mitglieder der

Regierungsbehörden hat der Landeshauptmann sich an

deren Vorgesetzte zu wenden.

Die einzelnen Beratungsgegenstände gelangen vor

den Landtag:

a) entweder als Regierungsvorlagen durch den Lan-

deshauptmann,

b) oder als Vorlagen des ständigen Landtags-

Ausschusses oder eines speziellen durch Wahl

aus dem Landtag und während desselben ge-

bildeten Ausschusses oder

c) durch Anträge einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Vorlage der Re-

gierung oder eines Ausschusses beziehende Anträge ein-

zelner Mitglieder müssen früher dem Landeshauptmann

schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschussberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftskreises des Landtages liegen, sind durch den Landeshauptmann von der Berathung auszuschließen.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen sind vor allen anderen Beratungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

Zur Beschlussfassung in dem Landtage ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Gesamtzahl aller Mitglieder, und zur Gültigkeit eines Beschlusses ist die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich.

Zur Gültigkeit eines auf Vorderungen in dem gegenwärtigen Statute abzielenden Antrages wird die Zustimmung von wenigstens zwei Dritteln der Gesamtzahl aller Mitglieder erforderlich.

Bei Dienstverleihungen und Wahlen genügt die relative Stimmenmehrheit, wenn nach zweimaliger Abstimmung die absolute nicht erzielt wurde.

Der Landeshauptmann hat das Recht an der Erörterung Theil zu nehmen und mitzustimmen, bei gleichen Stimmen gibt seine Meinung den Ausschlag.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich, nach dem Ermessens des Landeshauptmannes kann solche auch durch Aufstellen und Sichbleiben stattfinden.

Wahlen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

Die von dem Landtage geplagten Verhandlungen sind unter Zulegung der Sitzungsprotokolle im Wege des Stathalters zur Allerhöchsten Kenntnis zu bringen.

Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Landtagsbeschluß als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesetzen zu widerlaufen ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Ausführung desselben, insofern er nicht ohnedies einer höheren Genehmigung bedarf, zu sistieren; er hat jedoch Fälle dieser Art stets unverzüglich der Allerhöchsten Schlussfassung im Wege des Stathalters zu unterziehen.

Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verkehr treten, auch darf derselbe keine Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürfen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen werden.

Die Absendung von Deputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

Der Landtag bestimmt die Art der Veröffentlichung der geplagten Verhandlungen.

Für Zuhörer bei den einzigen Landtagssitzungen ertheilt der Landeshauptmann Eintrittskarten nach Zulässigkeit des Raumes. — Er hat die Ordnung im Innern der Versammlung und des Sitzungssaales aufrecht zu erhalten.

Der ständige Landtags-Ausschuss darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, nicht aber mit der Landesvertretung anderer Kronländer in Verkehr treten, und nur in den ihm übergetragenen Verwaltungs-Angelegenheiten Kundmachungen erlassen.

Aus Warschau (vom 24. Oktober), wird gemeldet: Der Fürst von Hohenzollern hat sich heute früh zum Prinz-Regenten, Graf Rechberg zum Kaiser Franz Joseph begeben. Bis heute Vormittag hat keine Spezialkonferenz der drei Minister stattgehabt (?). Se. Majestät der Kaiser von Österreich und Se. f. Hoheit der Prinz-Regent bleiben bis Freitag.

(Vom 24. Oktober Abends.) Heute Vormittags gegenseitige Besuche der Minister; von 12 bis 4 Uhr Truppenmanöver im Feuer vor den hohen Gästen; Abends Park-Illumination.

Vom 25. Octbr. Se. f. f. Apostolische Majestät hat heute dem Kaiser von Russland einen Besuch abgestattet. Später haben alle drei regierenden Herren, d. i. der Kaiser von Österreich, der Kaiser von Russland und der Prinz-Regent von Preußen, sowie ihre Minister der Fürst Gorczakow, Graf Rechberg und Fürst Hohenzollern eine Berathung gehabt.

Die französische Regierung, schreibt der Paris-Correspondent der „N.P.Z.“, lässt es an Anstrengungen nicht fehlen, die öffentliche Meinung bei guter Muße zu erhalten und das Fallen der Wertpapiere während der Conferenzen in Warschau zu verhindern. Zu diesem Zwecke muss heute der „Constituionnel“ die Überzeugung aussprechen, dass Österreich in keinem Falle aus seiner defensiven Stellung herausgetreten werde, und mittheilen, dass der Kaiser von Russland dem französischen Monarchen in einem eigentlichen Briefe versichert habe, es werde in Warschau nichts feindliches gegen Frankreich beschlossen werden.

Die Madrider Correspondencia meldet die Rückberufung des spanischen Ministers zu Turin als ausgemacht.

Die Berliner „Bank- und Handels“ bringt, wie sie sagt, von unrichteter Seite, die Mitteilung, dass Bayern sich aneischtig gemacht habe, in dem Falle eines neuen Krieges in Italien die Initiative zur Erwirkung eines Bundesbeschusses zu ergreifen, welcher

das Verbleiben Benedix bei Österreich für ein deut-

aus, als wolle das offizielle Blatt uns einreden, er sei so eben erst eingetroffen; wir können jedoch versichern, dass er schon länger als vierzehn Tage alt, und einfach die Antwort auf eine Öffnung Louis Napoleons ist, welcher, sei es nun ebenfalls in einem eigenhändigem Schreiben oder auf diplomatischem Wege

— Wir sind hierüber nicht informiert — seine freundlichen Wünsche und Absichten sind gegeben und um Aufschlüsse über den Zweck der Warschauer Zusammenkunft gebeten hatte. Nichts einfacher als die Rückäußerung des Kaisers von Russland; denn nur der Unverständnis konnte glauben, dass man in Warschau eine offensive Coalition gegen das Empire abzuschließen

wollte. Der „Constituionnel“ sagt demnach die Wahrheit, das ist eine andere Frage, und er kennt sie höchst wahrscheinlich selber nicht. Der Kaiser Alexander hat in der That hinzugesetzt, dass Russland und seine Aliierten sich über die Mittel verständigen müssten,

sich gegen die revolutionäre Politik, welche in Italien ihr Wesen treibe, zu sichern, und es verdient eine besondere Beachtung, dass Alexander II. über die Bemerkung Louis Napoleon's, die Zusammenberufung eines Congresses würde unter den gegenwärtigen Umständen wohl das Unträglichste sein, mit einem bereiteten Stillschweigen wegging. Gewiss ist — und heute

finden wir in der Lage, es mit Bestimmtheit zu behaupten — dass nichts vorliegt, was die Schnurrpfefferreien der französischen Broschürenreicher von der Eventualität eines franco-russischen Bündnisses rechtfertigen könnte. Der Kaiser Napoleon ist isolirt, und er wird es so lange bleiben, als er nicht tatsächlich auf die Bahn der conservativen Politik eingelenkt hat.

Vom Main, 21. Okt., schreibt man der „Prager Zeit.“: Als Frankreich seinen Gesandten in Turin abwarf, wusste man in Turin und vermutete anderswo, dass nur eine neue Komödie in Scene gesetzt werde: das Ereignis ging deshalb fast unbemerkt vorüber und hatte nach keiner Seite hin irgend eine Folge. Von bewährter Seite wird jetzt mitgetheilt, dass das Stück zu Ende ist und dass Frankreich auf die Zusammenkunft von Warschau, nachdem es sich an derselben wieder zu beteiligen noch sie zu hindern vermochte, mit der Wiederanknüpfung der offiziellen Beziehungen zu Piemont und zwar in der Form der Erhebung des bisherigen bloßen Gesandtschaftsposten zum Range einer Botschaft zu antworten gejonnen ist.

Bayerische Blätter verlangen die Entfernung des kürzlich aus Turin in München angelangten piemontesischen Gesandten Grafen von Doria, und sprechen dabei die bestimmte Erwartung aus, dass die bayerischen Staatsmänner es mit Bayerns Ehre und Interesse unverträglich erkennen werden, mit einem Vertreter eines „Raubritters“ zu verkeh

sches Interesse erklärt und demgemäß die entsprechenden Maßregeln auf Seite des deutschen Bundes veranlaßt. Nach anderen wäre Preußen und nicht Bayern entschlossen, im Falle eines Angriffes auf Be-neien die Sache vor den Bund zu bringen.

Der „N. P. Z.“ schreibt man aus München vom 21. d.: Der am hiesigen Hofe beglaubigte österreichische Gesandte, Fürst v. Schönburg-Hartenstein, reiste heute nach Wien ab; unter den dermalen Umständen dürfte der Zweck der Reise der Politik nicht fern stehen.

In Bezug auf die Würzburger Beschlüsse wegen der Bundes-Militärverfassung sind Preußen und Österreich dem Vernehmen nach nunmehr über-eingekommen, die Verhandlungen darüber von besondern Kommissarien und zwar in Berlin führen zu lassen. Die Kommissarien dürften in Kurzem zusammengetreten und zunächst darüber berathen, ob und welche der vorliegenden Beschlüsse zu genehmigen, eventuell, welche Gegenvorschläge zu erheben seien.

Nach der „Karl. Ztg.“ hat das erzbischöfliche Ordinariat auf das ihm jüngst gemachte Anerbieten hin, die Pfarrbesitzungsfrage nach Maßgabe der Abmachungen mit Rom definitiv zu ordnen, den Antrag abgelehnt.

Aus Japan wird gemeldet, daß der französische Gesandte zu Yedo seinen Posten niedergelegt habe, da seine den Vertrag betreffenden Vorstellungen sämtlich unberücksichtigt geblieben waren. Die Japaner hatten einen neuen Vertrag mit Portugal abgeschlossen. Sie schienen keine Lust zu haben, den Bestimmungen des mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrages nachzukommen, und ein unter amerikanischer Flagge segelndes Schiff war nicht im Stande gewesen, eine Ladung einzunehmen.

Aus New-York schreibt man der „Köl. Ztg.“, daß die Wahl der republikanischen Präsidentschaftskandidaten, Lincoln, nunmehr so gut als gesichert sei, da die ausschlaggebenden Staatswahlen in Pennsylvania zu Gunsten der republikanischen Partei ausgefallen sind. Zu diesem letzteren Resultate habe natürlich Schurz, der Befreier Kinkel's, beigetragen.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 15. September 1860.

(Fortsetzung.)

Graf Szécsen fuhr hierauf in der Verlesung des Berichtes folgendermaßen fort:

„Die in der Abtheilung XV (Subventionen und Zinsen-Garantien) veranschlagte Hauptsumme von 3.000.000 fl.theilt sich in die Subvention an den österreichischen Lloyd mit 1.500.000 fl., in die Zinsen-Garantie für die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft mit 1.000.000 fl. und jene für die Süd-Nord-deutsche Verbindungsbahn mit 500.000 fl.

„Die dem Österreichischen Lloyd zugestandene Subvention entspringt sowohl aus dem mit diesem Institut behufs der Beförderung des Postdienstes im Jahre 1858 auf 5 Jahre abgeschlossenen Vertrage, als auch aus der Aufgabe des Staates, dieses Unternehmen bei seiner Bestimmung und Bedeutung wegen als Staatsanstalt, ja als ein europäisches Institut anzusehen ist, zu erhalten und gegen die gefährdende Konkurrenz ähnlicher, von anderen Mächten subventionirter Unternehmungen zu sichern.

„Die dafür im Voranschlag mit 1.500.000 fl. bezeichnete Summe theilt sich wieder in die lauf Postvertrag an den Lloyd zu zahlenden Vorschüsse und in die der Kredit-Institut gebührende Annuität pr. 475.000 fl. Beide, ursprünglich auf die Gesamtsumme von 1.975.480 fl. sich beziehenden Zahlungen konnten im Budget zufammen auf die runde Summe von 1 Mill. 500.000 fl. deshalb herabgemindert werden, weil dadurch die projizierte Auslastung passiver Schiffahrtslinien die Verminderung der dem Lloyd gebührenden Aeritalvergütung auf obige apprimitive Ziffer ermöglicht ist.

„Als Garant und Gläubiger des Lloyd übt nach Anzeitung des k. k. Finanzministeriums die Staatsverwaltung das Recht und die Pflicht, auf die innere Administration der Anstalt wesentlichen Einfluß zu nehmen, und den Staat nicht nur vor weiteren Zuschriften und aus der übernommenen Garantie entspringenden eventuellen Verlusten zu wahren, sondern auch die Herabminderung der dem Lloyd aus Reichsmitteln zugestandenen Zusätzlichthilfe anstreben. Da die lebensjährigen faktischen Betriebsergebnisse den Ruin des Instituts befürchten ließen, ist nach detaillierter Prüfung derselben im vorflossenen Jahr und nach darauf basirter Bilanz die radikale Reform des Institutes beschlossen und zu diesem Behufe bereits eine sachmännische Enquête eingeleitet worden, deren Ergebnis das Finanzministerium erst in die Lage versetzen werde, die weiteren geeigneten Reformen zu formuliren und mit dem Lloyd zu vereinbaren.

„Das Komité kann in voller Würdigung der politisch-commerziellen Bedeutung des Lloyd-Institutes der Ansicht nur beipflichten, daß dessen Erhaltung aus höherem staatlichem Interesse geboten sei; glaubt aber den thunlichsten Nachdruck darauf legen zu sollen, daß die beabsichtigten administrativen Reformen mit jener praktischen Gründlichkeit und Sachkenntniß, mit jener Umsicht und Unabhängigkeit durchgeführt werden mögen, deren nachhaltige und tiefgreifende Wirkungen allein einerseits der Anstalt die Lebensfähigkeit für die Dauer, andererseits dem Staat die Sicherung gegen perennirende übermäßige Opfer zu gewährleisten vermöchten.“

Friher v. Neyer glaubte bei dieser Stelle wiederholt und den Reichsrath angelegentlich darauf aufmerksam machen zu sollen, daß der Lloyd von größter Wichtigkeit für Österreichs politische Stellung im Oriente, sowie nach den neuesten Vorgängen auch im Adriatischen Meere sei, und es daher nicht bezweifelt werden dürfe, die dem Lloyd vom Auslande her bereit-

ste Konkurrenz werde sich fortwährend steigern und insbesondere Italien bestrebt sein, den Lloyd zu verdrängen. Er erlaube sich also die Empfehlung, die schon das Komité eben so gütig als einsichtsvoll vorgetragen habe, auch nachdrücklich zu unterstützen.

Graf Szécsen setzte die Vorlesung des Berichtes fort, wie folgt:

„Die Beeinträchtigung, welche dem Privilegium der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft aus der Verwirklichung der freien Schiffahrt auf der Donau zu erwachsen drohte, wurde der nächste Beweggrund zu dem von der Staatsverwaltung mit dieser Gesellschaft im Jahre 1857 abgeschlossenen Zinsengarantie-Vertrag.“

Um jedoch die für die Staatsfinanzen aus diesem Vertrage hervorgehenden Lasten zu erleichtern, ist nach den Mittheilungen des k. k. Finanzministeriums auf Grundlage der umfassenden Erhebungen eines vom Finanzministerium eigens ausgesandten Vertrauensmannes die Berathung einer Reihe von Verbesserungsvorschlägen im Betriebe des Unternehmens durch eine aus Abgeordneten des Ministeriums und der Gesellschaft zusammengesetzte Kommission bereits eröffnet worden, als deren Ergebnis die Wiederherstellung der Rentabilität des Unternehmens und hiemit eine Erleichterung der Garantie anzuholen siehe.

Auf Grundlage derselben Erhebungen sei vom Finanzministerium im beiderseitigen Interesse der Vorschlag zu einem Arrangement über die Modalitäten der successiven Ergänzung und Amortisierung des Betriebsmaterials gemacht worden, worüber die Verhandlungen eben im Zuge sind.

„Einstweilen habe das Finanzministerium den Garantiebetrag auf das Strikteste interpretirt. Das erste Garantiejahr 1858 sei in seinem Ergebnisse seit lange das allerungünstigste Betriebsjahr gewesen und schon das Jahr 1859 habe bedeutende Besserung gebracht, in welcher auch das laufende Jahr 1860 nicht nachzustehen verspreche; woraus schon an und für sich eine geringere Garantieforderung sich herausstellen werde.“

„Das Komité darf es hiebei nicht unausgesprochen lassen, daß die der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zugestandenen Garantiebedingungen ihm als zu weit gehende, die Staatsfinanzen unverhältnismäßig bedrückende und das allgemeine Rechtsgefühl verleugnende Zugeständnisse schon deshalb erscheinen müssen, weil die Ursache der Garantie keineswegs zur Thatache geworden, die bedrohliche Konkurrenz bei weitem nicht in dem befürchteten Umfang eingetreten und endlich durch das bisherige allzu liberale Vorgehen bei Berechnung des Reinertrages den Staatsinteressen manigfacher Abtrag geschehen ist.“

Graf Bárkoczy: „Ich finde das Vorgehen des Komités in dieser Beziehung sehr lobenswerth, und alle Bemerkungen und Vorschläge, welche im Berichte enthalten sind und sich auf diese zwei Uebstände beziehen, sind sehr fleißig durchdacht. Nur eine Bemerkung wollte ich mir erlauben, nämlich: daß in den jüngsten Verhältnissen der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und der Lloyd-Schiffahrts-Gesellschaft abermals ein neuer Beweis zu finden sei, was bisher geschehen sein mußte, um zwei so außerordentlich lucrative Gesellschaften, die erst seit 10, 15, 20 Jahren bestehen, in eine müßige Lage zu versetzen, daß die dem Staat fast zwei Millionen, jetzt eigentlich anderthalb Millionen, und die andere, nämlich die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, die so blühend und kräftig wie kaum eine andere in Europa war, auch jetzt eine Subvention von einer Million Gulden erheischt. Ich glaube, in dieser Beziehung ist die Sache die: die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist gegründet vor 30 bis 35 Jahren; der Lloyd ist auch beiläufig so alt. Es findet sich aber in gar keinem Staat, daß zwei so große Gesellschaften, die unter den günstigsten Verhältnissen gegründet, die in den ersten 15 bis 20 Jahren ihres Bestandes die allerlukrativsten und blühendsten Unternehmungen waren, in eine solche traurige Lage gebracht wurden, daß beide Anstalten dem Staat fast sind und ihm so große Unkosten verursachen. Weshalb? Weil bei beiden dasselbe unglückselige bureaukratische System verfolgt wurde, wie es im Großen bei der Staatsverwaltung der Fall ist.“

„Die Verwaltung der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist im kleinen vollkommen das Bild der Verwaltung der Österreichischen Staatsgeschäfte im Großen. Dasselbe ist beim Lloyd der Fall.“

„Ich anerkenne ganz vollkommen Alles das, was vom Komité darüber gesagt wurde, und bin überzeugt, daß der Herr Leiter des Finanzministeriums gewiß einverstanden war mit allen den Bemerkungen, Angaben und Auseinandersetzungen, sowie daß bereits die nötigen Erhebungen und Schritte eingeleitet wurden, um, wenn möglich, eine Herabminderung der nötigen Subsidien zu erlangen, ohne den Hauptzweck der Gesellschaft zu gefährden.“

„Ich erlaube mir nur eine kleine Bitte und bemerke, daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn in Betreff der Regelung dieser zwei höchst wichtigen Sachen derjenige Faktor nicht außer Acht gelassen würde, durch welchen man im Großen und Kleinen nur allein im Stande ist, Mängel aufzudecken und tiefegehende Verbesserungen herbeizuführen, nämlich: die Öffentlichkeit. In welcher Form die Öffentlichkeit nun zu wirken habe, weiß ich nicht; ob in General-Versammlungen, oder in Mitttheilung von Daten, kann ich im Augenblicke nicht sagen. Aber ich glaube, daß, wenn der Herr Leiter des Finanzministeriums bezüglich der Lloyd- und Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft eine Regelung bewirken, eine bessere Verwaltung einführen und die Herabminderung der Subsidien von Seite des Staates erzielen will, daß dies gewiß nur auf dem Wege der Öffentlichkeit geschehen kann. Ich empfehle dies nochmals seiner Aufmerksamkeit.“

„Ich bin vollkommen überzeugt, daß bei der Donau-

Dampfschiffahrts-Gesellschaft durch Generalversammlungen, Protokolle oder Rechnungsabschlüsse, oder ich weiß nicht durch was für andere Mittel in kurzer Zeit eine wesentliche Verbesserung herbeigeschafft sein werde.“

„Eben dasselbe gilt auch vom Lloyd.“

Der Leiter des Finanzministeriums: „Ich möchte nur dem Herrn Vorredner die Bemerkung machen, daß ich glaube, schon in der bisherigen kurzen Zeit, seit ich die Leitung des Finanzministeriums übernahm, gezeigt zu haben, daß ich ein Freund der Öffentlichkeit bin und der Meinung beipflichte, daß die Öffentlichkeit sehr nützlich ist, und ich werde gewiß auch in der vorliegenden Angelegenheit das Eich der Öffentlichkeit nicht scheuen, um in der gesunden Lust derselben wie der heilsame Zustände herbeizuführen.“

Reichsrath Graf Andrassy bemerkte, daß er aus der Erklärung des Herrn Leiters des Finanzministeriums wirklich die besten Hoffnungen schöpfe und überzeugt sei, daß, wie derselbe bemerkt habe, die Öffentlichkeit das beste Mittel sei, um die Administration zu verbessern und jede Fäulnis daraus zu entfernen. Se Excellenz werde zu diesem Ende gewiß das Nötige veranlassen.“

Er wage nur noch eine kleine Bemerkung zu dem, was Graf Bárkoczy gesagt habe, hinzuzufügen: „Es besäßen nämlich, wenn er recht unterrichtet sei, nebst dem, daß der Barif der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft sehr gering sein solle, auch die Kapitäne noch die Vollmacht, nach Erlassen von dem Preisstabe herabzugeben. Nun konkurrire die Theiß-Eisenbahn-Gesellschaft mit der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, und wenn also die Staatsverwaltung nicht auf den Tarifpunkt ihre besondere Aufmerksamkeit richten wollte, so könnte sie in die fatale Lage kommen, mit einem Schlag an zwei Gesellschaften mehr Garantien zahlen zu müssen, denn auch der Theiß-Eisenbahn-Gesellschaft ist von Seite des Staates eine Garantie geleistet worden, und in dem Maße, als eine Gesellschaft mit den anderen konkurriren kann, müßte der Staat der einen oder der anderen Subsidien zahlen.“

Fürst Salm findet noch zu erinnern, daß der Fehler an der Befolgung eines irrgewissen Principes liegt. Er kennt wohl die Gründe, welche die Staatsverwaltung veranlaßt hätten, den Eisenbahnen und anderen Unternehmungen mit Zinsengarantien unter die Arme zu greifen und in dieser Weise zu unterstützen. Aber es helfen noch weitere Punkte mit, welche eben auf einem verfehlten Prinzip beruhen. Wer zahle nämlich die Zinsengarantie, als zuließ doch der allgemeine Steuersatz.

Wenn aber in Folge der Garantie die Zinsen bezahlt werden müssen, so sei dies nur ein Zeichen, daß das Unternehmen sich entweder für den Monat oder für die Dauer nicht rentire. Der Grund hiervon könnte wohl in den Verhältnissen liegen; es seien aber auch viele Andeutungen gefallen, welche vermuten lassen, daß die Administration selbst sehr oft Schuld sei, daß die Unternehmung sich nicht rentire. Bei der Dampfschiffahrts-Gesellschaft z. B. hätte die Zinsengarantie vermieden werden können, wenn rechtzeitig in dem Vertrage über die Freiheit der Donau-Dampfschiffahrt überhaupt auch darauf Bedacht genommen worden wäre, daß diejenigen, die den Vortheil davon haben, auch etwas zu einem billigen Ersatz dieser Vortheile beizutragen verpflichtet worden wären, welcher Ersatz der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft deshalb gebührt, weil sie früher ein Privilegium besaß und dies durch die Freigabe der Donau aufgehoben wurde.“

Alle diese dabei beteiligten Interessenten waren zum Ersatz verpflichtet und es wurde eben dadurch ein großer Fehler begangen, daß ein solcher Ersatz allein der Österreichischen Regierung auferlegt wurde. Für alle übrigen Fälle spricht sich Fürst Salm aus, das Prinzip der Subvention von Privatunternehmungen aus, wenn sie auch anscheinend dem öffentlichen Verkehr noch so vortheilhaft wären. Waren sie nämlich gut, so müßten sie sich selbst rentiren. Es wolle nicht einen speziellen Antrag stellen, sondern zu den Bemerkungen des Komités dies nur noch als einen Zusatz beifügen, denn es sei klar, daß es vielleicht überhaupt, keinesfalls aber in dem jetzigen Augenblick, ohne ein tieferes eingehendes Studium möglich wäre, im Allgemeinen das Prinzip auszusprechen, daß eine Staatsgarantie, in welcher Art immer, nicht mehr geleistet werde.“

Graf Elam erwähnte über den letzten Punkt nur noch, daß am Schlusse des Absatzes XV. eine allgemeine Bemerkung darüber vorkomme, worin das wichtigste Bedenken berührt sei, ohne daß man jetzt noch das Prinzip, daß unter keiner Bedingung eine Staatssubvention stattfinde, aufnehmen dürfe. Fürst Salm war vollkommen einverstanden damit, glaubte aber doch, daß von dem Standpunkte des einzelnen Redners eine nähere Bedeutung nicht überflüssig wäre.

(Fortsetzung folgt.)

Österreichische Monarchie.

Wien, 24. Oct. Sr. Maj. der Kaiser und der Ministerpräsident Graf Rechberg werden bis Sonntag aus Warschau zurückverkehrt. Der kais. österr. Gesandte in London, Graf Apponyi, wird bald nach der Rückkehr des Grafen Rechberg Wien verlassen und sich auf seinen Posten begeben.

Anlässlich des gegen die Königin von Spanien verübten Attentates ist ein Courier mit einem Glückwunscheschreiben Sr. Maj. des Kaisers Franz Joseph nach Madrid abgegangen.

Die Abreise Sr. k. Hoheit des Armeecorps-Commandanten Erzherzog Albrecht nach Italien ist definitiv auf Donnerstag Abends festgesetzt.

Se. k. Hoheit Erzherzog Karl Ferdinand hat sich nach Weilburg begeben und wird erst morgen wieder nach Brünn zurückkehren.

Die Mil.-Z. schreibt: S. k. H. FML. Erzherzog Wilhelm hat die Leitung des Kriegs-Ministeriums bis zum Ein treffen des FML. Grafen Degenfeld an den Hrn. FML Ritter v. Hauslab übergeben.

Die II. Armee unter dem Commando des FML. Ritter v. Benedek ist derzeit zusammengezogen: 3. Corps: FML. Erz. Ernst; 5. Corps: FML. Graf Stadion; 6. Corps: FML. Prinz zu Hessen und 8. Corps: General der Cavallerie Erz. Albrecht.

Der Hr. FML Graf Mensdorff-Pouilly, welcher zum commandirenden General im Banat und der Wojwodschaft ernannt ist, begibt sich nächster Tage nach Temesvar.

Die russische Gesandtschaft in Wien wird die für die frühere sardinische Gesandtschaft übernommenen laufenden Geschäfte bis auf Weiteres fortführen.

Der Director der k. k. priv. österr. Staats-Eisenbahn-Gesellschaft, Hr. Maniel, hat eine Geschäftsreise nach Paris angetreten.

Das dritte Verzeichniß der in der Kriegsgesandtschaft verstorbenen österreichischen Soldaten liegt heute der Wiener Zeitung bei. Es enthält 426 Namen und schließt mit der Nummer 1202.

Die „Wiener Zeitung“ bringt eine kaiserliche Verordnung vom 21. October l. J., wirksam für alle Kronländer, mit Ausnahme des Lombardisch-Venetianischen Königreiches, betreffend die Ausprägung der Kupferscheidemünzen zu vier Kreuzern österreichischer Währung.

Die ungarische Hofkanzlei in Wien ist als das nächst Organ zur Ausübung der Majestätsrechte des Monarchen, als Königs von Ungarn, der obersten Aufsicht und der vollziehenden Gewalt anzusehen. Durch die ungarische Hofkanzlei werden wichtige Justiz- und Polizeisachen dem Könige vorgelegt und die Entscheidung über jene Angelegenheiten vorbereitet, die nach der Landesverfassung denselben vor behalten sind. Insbesondere übt der Monarch durch sie jene wichtigen Patronatsrechte, welche ihm als apostolischem Könige zustehen. Durch sie läßt er alle Gnadsachen ausfürtigen, als: über Donationen, Adels- und Patenrechtsverleihungen, Anstellungen und sonstige königliche Diplome und Dekrete, Jahrmarktsprivilegien u. s. w. Ihr waren auch die königlichen Bücher anvertraut, die seit Ferdinand I. allen wichtigen Akten, Donationen und Standeserhebungen in sich enthalten, alle von ihr daraus genommenen Abschriften sind als authentisch anzusehen. Besonders war sie verpflichtet, darüber zu wachen, daß die Würde und die Prärogative der Krone nicht geschmäler und die Gesetze und Verfassung des Landes aufrecht erhalten werden. Ihr Wirkungskreis erstreckte sich auch auf die Königreiche Kroatien und Slavonien. — Die siebenbürgische Hofkanzlei wurde von der Kaiserin Maria Theresia gegründet, durch sie wurde Alles ausgefertigt, was von dem Landesfürsten an die ganze Provinz oder auch an einzelne Korporationen oder Personen im Großfürstentum erlassen wird, insbesondere Privilegien, Rekskripte u. s. w. Was in Angelegenheiten der Justiz, der Polizei, des Kirchenwesens oder aber eines andern Verwaltungszweiges aus der Provinz dem Monarchen vorgelegt werden mußte, gelangte an diese Hofstelle, welche darüber sogleich entschied oder ihren Vorschlag ad Majestatem erstattete. — Die königliche Kurie unter Vorsitz des Judge Curias (Rechts-Oberrichter, Erz-, Hof- und Landesrichter) in Pest ist das höchste Appellationsgericht und ihr Chef hat großen Einfluß auf die Leitung sowohl der politischen als der Judizialangelegenheiten.

Ein am 23. d. vom k. k. Pesther Landesgerichte als Standgericht wegen Raub zum Tode verurteilter Verbrecher wurde auf Antrag Sr. Excellenz des FML. Ritter v. Benedek von Sr. Majestät von Warschau aus begnadigt und dem obersten Gerichtshof die Verhängung einer angemessenen Freiheitsstrafe aufgezogen.

Aus glaubwürdiger Quelle hört der „Pesther L.“, daß die Vorlesungen an der Pesther Universität bereits in die Woche ihren Anfang nehmen werden.

Die amtliche P.-D. Ztg. berichtet in ihrer Abendnummer vom 23. d.: „Der Gemeinderath der königlichen Hauptstadt Öfen und jener der königlichen Freistadt Pest haben in ihren am 22. d. abgehaltenen Sitzungen die allerhöchsten Entschließungen, wodurch Se. Maj. dem Lande die Verfassung wiederzugeben

erholt hat, mit Freudengesühl aufgenommen und beschlossen, in einer allerunterthänigsten Adresse Sr. Majestät den Dank und die Huldigung zu führen zu legen; gleichzeitig aber, um die Schuld des Dankes gegen den Allmächtigen für den göttlichen Schutz des Landes abzutragen, für morgen, Mittwoch, die Abhaltung eines feierlichen Dankgottesdienstes in allen Kirchen, ohne Unterschied der Religion, angeordnet und für heute, als am Vorabende der kirchlichen Feierlichkeit, die Bewohner der Städte zu einer allgemeinen Beleuchtung aufgefordert. Nach

ein zahlreicher Pöbel an und nun wurden unter Pfeilen und Schreien die Fenster eingeschlagen, und zwar nicht nur die beleuchteten, sondern auch eine Menge anderer in der Nähe befindlicher. Da der Spektakel anhielt, rückte endlich eine starke Militär-Abteilung aus und drang in der Nähe des Dreißigstamtsgebäudes auf die Menge ein. Es wurden Verhaftungen vorgenommen; ob auch Verwundungen vorfielen, weiß ich nicht. In diesem Augenblick ist, so weit mir bekannt, die Ruhe vollständig wieder hergestellt.

Der Gemeinderath von Agram hat in seiner Sitzung vom 22. October aus Anlaß des a. b. Kaiserfestes beschlossen, Sr. Majestät dem Kaiser den allerunterhängsten Dank zu unterbreiten und dieses erfreuliche Ereignis nach Rückkehr Sr. Excellenz des

Van durch einen Fackelzug zu feiern. Ferner wurde Sr. Excellenz der Herr Bischof Strohney für seine Verdienste als Reichsrath zum Ehrenbürger der Stadt Agram ernannt und ihm eine Dankadresse, dem Reichsrathe Herrn Grafen Székely zu seiner Ernennung als Minister aber eine Beglückwünschungsadresse votiert.

Die Kirchenbücher für die griechisch nicht-unten Glaubensgenossen in den slavischen Provinzen werden jetzt in der wiener k. k. Hof- und Staatsdruckerei ausgelegt und an mittellose Gemeinden unentgeldlich verabfolgt. Bis jetzt wurden diese Kirchenbücher gewöhnlich aus Russland bezogen.

Frankreich.

Paris, 22. Oct. Die heutige „Constitutionnel“-

Note, schreibt man der „A. B.“, hat die ersten Be-

sorgnisse, welche sich seit Samstag in Bezug auf die Bedeutung und Tragweite der Warschauer Zusammen-

kunft verbreitet hatten, etwas beschwichtigt, obgleich das Blatt die Autorität auf die Anschauungen des Publikums nicht ausübt hat, welche es vielleicht ausüben

zu können sich schmeichelt. Welches die eigentliche Be-

rühigungssformel des Briefes des Czaren ist, auf die der „Constitutionnel“ hindeutet, kann man nicht wissen; je-

doch versichert man mit vieler Bestimmtheit, daß neben

dieser Brief auch die entschiedenste Verdammung

der in der letzten Zeit von Piemont ausgeübten Politik enthalt.

— Es heißt, daß man gegen mehrere Bischöfe, deren Hirtenbriefe sich durch besondere Heftigkeit aus-

zeichnen, eine Untersuchung bei dem Staatsrath habe

einleiten wollen. Man ist aber wieder davon abge-

kommen, weil man die Aufregung in der clericalen Partei nicht noch mehr steigern wollte. Die Präfekten

sind durch ein abermaliges Rundschreiben des Ministe-

riums angewiesen worden, die journalistische Polemik

über die päpstliche Frage mit ganz besonderer Sorgfalt

zu überwachen. — Die Deputation der Städte Or-

viet und Viterbo, welche Marquis Pepoli hieher

schickte, soll in St. Cloud empfangen und auf eine

schließliche Entscheidung ihrer Sache durch einen euro-

päischen Congress verwiesen worden sein. — Das

Marine-Ministerium hat bei verschiedenen französischen

Schiffbaumeistern hundert und fünfzig kleine, mit Gi-

sen gepanzerte Kanonenboote, nach dem in Bordeaux

von dem Kaiser selber angeordneten Muster, bestellt.

Sie werden je nur eine gezogene Kanone sehr schweren

Calibers bekommen. — Der päpstliche Nuntius wird sich heute Abend in Marseille einschiffen. Er ist

begleitet von mehreren Freiwilligen, die in die Dienst-

des Papstes treten wollen, u. a. von Hrn. Villiers de l'Isle-Adam. — Wie es heißt, hat der Baron Roussy de Sale seine Entlassung als erster Secretär der sar-

dinischen Legation in Paris eingereicht. Da Herr de Sale ein sehr ehrenhafter Mann, so glaubt man,

er sei nur deshalb aus dem Staatsdienste getreten,

weil ihm die räuberische Politik des König-Ehrenman-

nes Ekel einfloß.

Der „Constitutionnel“ vom 23. Octbr. wünscht

in einem von seinem Chef-Redakteur unterzeichneten

Artikel dem Kaiser von Oesterreich zu den soeben ver-

öffentlichten Reformen Glück, spricht jedoch zugleich

sein Bedauern darüber aus, daß nicht, statt eines

Militär-Gouverneurs, der Erzherzog Ferdinand an

Mar als General-Gouverneur nach Venetien geschickt

worden sei.

Spanien.

Über das Attentat auf die Königin von Spanien schreibt man der „A. B.“ aus Madrid vom 17. d.:

Die Königin hatte sich nur einige Stunden im Lager von Torrejon de Ardoz aufgehalten und traf mit ihrem Gemahl um 4 Uhr auf dem Bahnhofe ein.

Unweit desselben befindet sich die Kirche von Utocha der Invaliden, deren Marienbild Gegenstand der besonderen Verehrung der königlichen Familie ist. Das königliche Paar versäumte nicht sich zunächst nach der Kirche von Utocha zu begeben, um der heiligen Jungfrau für die glücklich beendete Reise zu danken, dann fuhr dasselbe zum Schloß. Das Wetter war wundervoll, die Straßen von Menschen erfüllt, die Garnison bildete Spazier. Die Königin passirte die Straßen unter dem stolzen Stillschweigen der Zuschauer, da die Bevölkerung gegen den Hof verstimmt ist. An der Puerta del Sol versuchte ein ganz junger Mann auf den Wagen der königlichen Familie eine Pistole abzufeuern. Das Bündhütchen explodierte aber der Schuß ging nicht los.

Ein Mitglied der Municipalität, das dicht neben dem Meuchelmörder stand, packte denselben sofort, so

dass das Attentat nur vom Marshall Concha, der zur Linken der Königin ritt, bemerk wurde. Er befahl

sogleich den Verbrecher zu verhaften, der zur Wache

an der Puerta del Sol gebracht wurde. Bis zum

Ministerium des Innern fuhr die Königin im raschen

Schritt weiter. Die Nachricht verbreitete sich schnell in der Menge und es entstanden, wie gewöhnlich, die

abenteuerlichsten Gerüchte und Überreibungen. Der

Verbrecher ist ein junger Mann von 19 Jahren, Na-

mens Rodriguez, er war Bedienter bei einem Cortes-

Mitgliede, Nunez de Prado, der zur conservativen Par-

tei gehört. Dieser hatte keine Ursache sich über seinen Diener zu beschweren, nur bemerkte er, daß derselbe die progressistischen Blätter zu lesen liebte. Rodriguez

hatte sich dicht hinter die Soldaten gestellt; die Waffe war eine Taschepistole und so schlecht geladen, daß die Kugel herausfallen sein muß; wenigstens fand sie sich nicht. Mitleidige scheint der Verbrecher, der von großer Geistesbeschränktheit ist, nicht zu haben. Es war dies das dritte Attentat auf die Königin: das erste erfolgte im Jahre 1848, das zweite im Jahre 1852. Letzteres wurde von einem Priester (Merino) begangen. Der Urheber des ersten ist begnadigt worden, da er sich in einem Zustand von Hallucination befand; er trat später, als er geheilt war, in einen Orden. Das Attentat vom 17. d. ist ohne jede weitere politische Bedeutung, die Handlung eines Wahnsinnigen. Die Königin wird den Verbrecher wahrscheinlich ebenfalls begnadigen.

Großbritannien.

London, 22. October. Die königl. Familie lebt seit der Rückkehr von der continentalen Reise still in Windsor Castle und empfängt nur sehr wenige Gäste. Der Prinz von Wales wird Mitte des kommenden Monats in Oxford zurückkehren. — Generalleutnant Sir James Outram, der seit seiner Rückkehr aus Indien stark leidend war, ist so weit hergestellt, daß er in den nächsten Tagen im Stande sein wird, Brigadier zu verlassen. — In dem Herze von Richmond, der gestern Nachmittag nach längerem Leiden hier verschieden ist, hat die Paire eines ihrer ältesten Mitglieder, die conservative Partei einen ihrer einflussreichsten Anhänger verloren.

Italien.

Den „Débats“ schreibt man u. A. aus Turin: „Bemerkenswerth ist es, daß alle annexirten Provinzen ohne Ausnahme an ihren Gesetzen festhalten und nur mit Widerstreben die piemontesische Gesetzgebung annehmen. Wie früher in der Lombardie, so zeigt sich dies auch jetzt in der Uemilia.“

Aus Rom erhält die „Ind. belge“ folgende Mitteilungen über die neuesten Beziehungen Frankreichs zum päpstlichen Stuhle. In den ersten Tagen dieses Monats (es heißt am 5. Oct.) eröffnete der Herzog von Grammont dem Cardinal Antonelli, Frankreich

schlage dem Papste vor, ihm durch einen nächstens zu

versammelnden Congress sämtlicher europäischer Mächte das Erbgut Petri garantieren zu lassen, dessen Grenze auf der neapolitanischen Seite bis Terracina, und auf der Seite der Romagna bis nach Nettuno ausgedehnt (?) werden solle. Der Congress hätte zugleich dem Papste eine beträchtliche Revenue zur Erhaltung der Armee, der Verwaltung des heil. Collegiums, des päpstlichen Hauses und der Diplomatie im Auslande zu garantieren. — Der päpstliche Hof antwortete mit einem einfachen Nein. Zwei Tage später fragte Cardinal Antonelli den Herzog von Grammont, ob dies die letzten Entschlüsse des Kaisers wären. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Vertrauen Sr. Heiligkeit besitzt, ergriff das Wort und erklärte, daß ein solcher Schritt völlig nutzlos wäre; seiner Ansicht nach wäre es besser den päpstlichen Freiwilligen, die für den heiligen Vater in den so unglücklich ausgestrahlten Kampf gegangen und nun nach ihrer Entlassung aus der piemontesischen Gefangenschaft wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Vertrauen Sr. Heiligkeit besitzt, ergriff das Wort und erklärte, daß ein solcher Schritt völlig nutzlos wäre; seiner Ansicht nach wäre es besser den päpstlichen Freiwilligen, die für den heiligen Vater in den so unglücklich ausgestrahlten Kampf gegangen und nun nach ihrer Entlassung aus der piemontesischen Gefangenschaft wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Vertrauen Sr. Heiligkeit besitzt, ergriff das Wort und erklärte, daß ein solcher Schritt völlig nutzlos wäre; seiner Ansicht nach wäre es besser den päpstlichen Freiwilligen, die für den heiligen Vater in den so unglücklich ausgestrahlten Kampf gegangen und nun nach ihrer Entlassung aus der piemontesischen Gefangenschaft wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Vertrauen Sr. Heiligkeit besitzt, ergriff das Wort und erklärte, daß ein solcher Schritt völlig nutzlos wäre; seiner Ansicht nach wäre es besser den päpstlichen Freiwilligen, die für den heiligen Vater in den so unglücklich ausgestrahlten Kampf gegangen und nun nach ihrer Entlassung aus der piemontesischen Gefangenschaft wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Vertrauen Sr. Heiligkeit besitzt, ergriff das Wort und erklärte, daß ein solcher Schritt völlig nutzlos wäre; seiner Ansicht nach wäre es besser den päpstlichen Freiwilligen, die für den heiligen Vater in den so unglücklich ausgestrahlten Kampf gegangen und nun nach ihrer Entlassung aus der piemontesischen Gefangenschaft wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Vertrauen Sr. Heiligkeit besitzt, ergriff das Wort und erklärte, daß ein solcher Schritt völlig nutzlos wäre; seiner Ansicht nach wäre es besser den päpstlichen Freiwilligen, die für den heiligen Vater in den so unglücklich ausgestrahlten Kampf gegangen und nun nach ihrer Entlassung aus der piemontesischen Gefangenschaft wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Vertrauen Sr. Heiligkeit besitzt, ergriff das Wort und erklärte, daß ein solcher Schritt völlig nutzlos wäre; seiner Ansicht nach wäre es besser den päpstlichen Freiwilligen, die für den heiligen Vater in den so unglücklich ausgestrahlten Kampf gegangen und nun nach ihrer Entlassung aus der piemontesischen Gefangenschaft wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Vertrauen Sr. Heiligkeit besitzt, ergriff das Wort und erklärte, daß ein solcher Schritt völlig nutzlos wäre; seiner Ansicht nach wäre es besser den päpstlichen Freiwilligen, die für den heiligen Vater in den so unglücklich ausgestrahlten Kampf gegangen und nun nach ihrer Entlassung aus der piemontesischen Gefangenschaft wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Vertrauen Sr. Heiligkeit besitzt, ergriff das Wort und erklärte, daß ein solcher Schritt völlig nutzlos wäre; seiner Ansicht nach wäre es besser den päpstlichen Freiwilligen, die für den heiligen Vater in den so unglücklich ausgestrahlten Kampf gegangen und nun nach ihrer Entlassung aus der piemontesischen Gefangenschaft wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Vertrauen Sr. Heiligkeit besitzt, ergriff das Wort und erklärte, daß ein solcher Schritt völlig nutzlos wäre; seiner Ansicht nach wäre es besser den päpstlichen Freiwilligen, die für den heiligen Vater in den so unglücklich ausgestrahlten Kampf gegangen und nun nach ihrer Entlassung aus der piemontesischen Gefangenschaft wieder in ihre Heimat zurückkehren sollten. Der französische Botschafter antwortete bejahend. Der Papst befreit hierauf sein Geheimconseil, um dasselbe zu befragen, ob es nicht gerathen wäre, ein letztes Schreiben an Kaiser Napoleon zu richten, worin die Abreise des Papstes und sämtlicher Cardinale von Rom als eine unerlässliche Notwendigkeit für die Würde des heil. Stuhles angekündigt würde. Msgr. B., der das volle

Verstand er es, irgendeine Hülfsmacht von Bedeutung zu schaffen. Es war sehr hohe Zeit, daß Victor Emanuel an der Spitze seiner regulären Armee herankam. Ohne dies könnte der König Franz II. schwerlich aus und drang in der Nähe des Dreißigstamtsgebäudes auf die Menge ein. Es wurden Verhaftungen vorgenommen; ob auch Verwundungen vorfielen, weiß ich nicht. In diesem Augenblick ist, so weit mir bekannt, die Ruhe vollständig wieder hergestellt.

Der Gemeinderath von Agram hat in seiner Sitzung vom 22. October aus Anlaß des a. b. Kaiserfestes beschlossen, Sr. Majestät dem Kaiser den allerunterhängsten Dank zu unterbreiten und dieses erfreuliche Ereignis nach Rückkehr Sr. Excellenz des

Van durch einen Fackelzug zu feiern. Ferner wurde Sr. Excellenz der Herr Bischof Strohney für seine Verdienste als Reichsrath zum Ehrenbürger der Stadt Agram ernannt und ihm eine Dankadresse, dem Reichsrath Herrn Grafen Székely zu seiner Ernennung als Minister aber eine Beglückwünschungsadresse votiert.

Die Kirchenbücher für die griechisch nicht-unten

ten Glaubensgenossen in den slavischen Provinzen werden jetzt in der wiener k. k. Hof- und Staatsdruckerei

aufgelegt und an mittellose Gemeinden unentgeldlich verabfolgt. Bis jetzt wurden diese Kirchenbücher ge-

wöhnlich aus Russland bezogen.

Am 14. d. sind die ersten englischen Excursionisten

in Neapel angelangt, 650 Mann von stattlichem Aussehen und vorzülicher Ausrüstung. Sie tragen

Muntsblatt.

Nr. 4482. Kundmachung. (2264. 1-3)

Vom Rzeszower f. k. Handels-Gerichte wird hiermit bekannt gegeben, daß Isaac Leib Rittermann die, für die Speditions-Commandite in Rzeszów angenommene Firma: „I. L. Rittermann, Speditions-Commandite in Rzeszów“ mit dem protocollirt hat, daß er diese Firma „I. L. Rittermann Commandite“, zeichnen wird.

Vom f. k. Handelsgerichte.

Rzeszów, am 30. August 1860.

Nr. 4771. Kundmachung. (2268. 1-3)

Vom Rzeszower f. k. Handelsgerichte wird hiermit bekannt gegeben, daß Rafael Galoti für die Nürnberger Waarenhandlung in Rzeszów die Firma „Rafael Galoti“ protocollirt hat.

Rzeszów, am 20. September 1860.

Nr. 2478. Kundmachung. (2258. 1)

Vom f. k. Bezirksamte zu Mielec als Gericht wird hiermit bekannt gegeben, daß auf Grund der Notariats-Ordnung vom 21. Mai 1855 der J. U. D. und f. k. Notar in Mielec Herr Anton Bartosiński als Gerichts-Commissär zur Vornahme von Acten in Verlassenschafts-Angelegenheiten der Gemeinden Mielec, Cyranka, Chorzelów, Chorzelowska wola, Chrząstów, Złotniki, Malinie, Trześń, Rzędzianowice, Hyki, Dembiaki, Goleszów, Wojsław, Smocza, Rzyska, Reichsheim und Grochów bestellt worden sei.

Mielec, am 20. September 1860.

Nr. 2200.civ. Edict. (2288. 1-3)

Vom f. k. Bezirksamte als Gericht wurde über das Gesuch des Herrn Anton Heradin die executive Zeilbietung der dem Josef Curzydlo gehörigen Rustical-Realität NC. 155 in Dorfe Andrychau 7 Joch 325 $\frac{1}{2}$ s. Kloster samt hölzernen Wohnhause zur Hereinbringung der ersten Summe von 420 fl. ö. W. c. s. c. bewilligt, und zur Vornahme derselben der Termin auf den 19. December 1860, 12. Jänner und 9. Februar 1861 um 10 Uhr Vormittags hiergerichts mit dem angeordnet, daß diese Realität nur um den Schätzungs-wert von 726 fl. 25 kr. ö. W. verkauft werden wird. Die Licitationsbedingungen, so wie der Grundbuchsstand über den Schätzungsact können in der hiergerichtlichen Registratur eingesehen werden.

Vom f. k. Bezirksamte als Gericht.

Andrychau, am 15. October 1860.

Nr. 2883 civ. Edict. (2289. 1-3)

Vom f. k. Bezirksamte als Gericht wird über das Gesuch des Herrn Józef Koswitzki die executive Zeilbietung der, der Barbara 1. Ehe Kolaczek 2. Strzempek gehörigen Realitätshälfte sub NC. 154 im Dorfe Andrychau zur Hereinbringung der ersten Summe von 75 fl. 85 kr. ö. W. c. s. c. bewilligt und zur Vornahme derselben der Termin am 12. December 1860 am 19. Jänner und 9. Februar 1861 jedesmal um 10 Uhr Vormittags hiergerichts mit dem angeordnet, daß diese Realität nur um den Schätzungs-wert von 92 fl. 40 kr. ö. W. verkauft werden wird.

Die Licitationsbedingungen so wie der Grundbuchs-extract und der Schätzungsact können in der hiergerichtlichen Registratur eingesehen werden.

Vom f. k. Bezirksamte als Gerichte.

Andrychau, am 18. October 1860.

Nr. 5213 u. 5214 jud. Edict. (2290. 1-3)

Vom f. k. Bezirksamte Biala als Gericht, wird bekannt gemacht, daß am 15. August 1860 Mathias Kamon, Gastgeber zu Komorowice ohne Hinterlassung einer lebenswollen Anordnung gestorben sei.

Da diesem Gerichte unbekannt ist, ob und welchen Personen auf seine Verlassenschaft ein Erbrecht zusteht, so werden alle diejenigen, welche hierauf aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu machen gedenken, aufgefordert ihr Erbrecht binnen drei Monaten von dem unten gesetzten Tage an gerechnet, bei diesem Gerichte anzumelden und unter Ausweisung ihres Erbrechtes ihre Erbsklausur binnen derselben Zeitfrist anzubringen, widrigensfalls diese Verlassenschaft mit der bereits erbsklausierten erblässerischen Witwe Marie Therese Kamon verhandelt und derselben eingeantwortet werden wird.

Biala, am 30. August 1860.

Nr. 5622. Edict. (2257. 2-3)

Vom f. k. Kreisgerichte in Neu-Sandez werden in Folge Einschreitens der Bezugsberechtigten: Fr. Pauline Wieckowska, dann Hr. Józef und Fr. Sofia Jaworskie üblicherlich Besitzer des im Sandezer Kreise liegenden, in der Landtafel dom. 274 pag. 33 und 35 n. 8 und 9 hár. vorkommenden Gutes Bukowiec cum art. Gehüts der Zuweisung des laut Zuschrift der Krakauer f. k. Grundlastungs-Ministerial-Commission vom 26. September 1856 3. 2977 für obige Gut bewilligter Urbarial-Entschädigungscapitals pr. 1792 fl. 20 kr. ö. W.

dieselben, denen ein Hypothekarrecht auf den genannten Gütern zusteht hiermit aufgesfordert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis zum 1. December 1860 bei diesem f. k. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

- die genaue Angabe des Vor- und Zusammens, dann Wohnortes (Haus-Nro.) des Anmelders und seines alßälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisierte Vollmacht beizubringen hat;
- den Betrag der angesprochenen Hypothekforderung, sowohl bezüglich des Capitals, als auch der alßälligen Zinsen, in so weit dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Capital genießen;
- die buchliche Bezeichnung der angemeldeten Post, und wenn der Anmelder seinen Aufenthalt außerhalb des Sprengels dieses f. k. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten, zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigens dieselben lediglich mittels der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen geschahne Zustellung, würden abgesendet werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde, so angesehen werden wird, als wenn er in die Überweisung seiner Forderung auf den obigen Entlastungs-Capitalvorschuß nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß er bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldungsfrist Versäumende verliert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein von den erscheinenden Beteiligten im Sinne §. 5. des kais. Patentes vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen, unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer buchlichen Rangordnung auf das Entlastungs-Capital überwiesen worden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patentes vom 8. November 1853 auf Grund und Boden versichert geblieben ist.

Aus dem Rathe des f. k. Kreisgerichtes.

Tarnów, am 25. Sept. 1860.

N. 2017. Ogłoszenie licytacyji. (2259. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Krzeszowicach podaje do wiadomości, iż na dniu 7. Listopada 1860 o godzinie 10ej przedpołudniem, a w raze potrzeby w dniach następnych w Plebanii Modlnickiej, ruchomoci po zmarłym Plebanie X. Janie Zubrowskim pozostałe, a mianowicie konie, sprzęt gospodarcze, domowe i rolnicze, suknie, pościel i t. p., przez publiczną licytację sprzedane zostaną. O czym chęć kupna mających, uwadnia się.

Krzeszowice, dnia 16. Października 1860

N. 15198. Edykt. (2252. 3)

C. k. krajowy Sąd Krakowski zawiadamia niewiernym edyktom pp. Ignacego i Michała Chylewskich, że przeciw nim p. Eugeniusz Katerla sprawie o przyznanie i zaintabulowanie na rzecz powoda własności $\frac{1}{7}$ części dóbr Jankówka w księgach Tabuli krajowej libr. dom. 48 p. 88 n. 10 hár. na rzecz Ignacego Chylewskiego i takiejże $\frac{1}{7}$ części dóbr tych, tamże na rzecz Michała Chylewskiego intabulowanej, tudzież przynależysto, pod dniem 5. Października r. b. L. 15198 wniosły pozew, w załatwieniu tegoż pozwu c. k. Sąd krajowy do ustnej rozprawy termin na dzień 8-go Stycznia 1861 o 10ej godzinie zrana przeznacza, na którym się obie strony spór wiodące pod rygorem §. 25 i 26 P. S. stawić i swoje dowody najpóźniej 3 dni przed tą rozprawą wzajemnie sobie udzielić mają.

Gdy miejsce pobytu pozwanego pp. Ignacego i Michała Chylewskiego jest niewiadome przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak również na koszt i niebezpieczentwo tychże, tutejszego adwokata Dra Balko kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczy według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego, przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niewiernym edyktom pozwanym, aby w zwykły oznaczonym czasie – albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcy sobie wybrali i o tem c. k. Sądowi krajowemu donieśli; w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli – w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisać musielii.

Kraków, dnia 8. Października 1860

L. 12424. Edykt. (2254. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski ogłasza niewiernym edyktem publicznym, że p. Adam Morawski wniosł w tem c. k. Sądzie na dniu 8-go Września 1860 do L. 12849 pozew przeciw Janowi Kasprzykiewiczowi, a na wypadek tegoż śmierci jego masie spadkowej i spadkobiercom, o uznanie za ugłe prawo do sumy 1300 zł. czyli 325 zlr. mk. L. D. 4 p. 240 n. 15 on. na realności pod Nr. 86 w Tarnowie w mieście leżącej intabulowanej, i wykreslenie ze stanu biernego tejże realności.

A gdy pozywający przedstawia że mieszkanie wyż wymienionych zapozwanych nie jest wiadomy, a to i temu c. k. Sądowi wiadomo niejest, więc do zastępowania wyż wymienionych zapozwanych względem tegoż pozwu ustanawia się u ich niebezpieczentwo i koszt, kuratora w osobie p. Adwokata Dr. Serde a na zastępcę tegoż p. adwokata Dr. Stojałowskiego.

To ustanowienie ogłasza się w tym celu, aby zapozwani albo ustanowionemu dla nich kuratorowi udzielili ze swojej strony dowodów, albo też wzgledem wyż wspomnionego pozwu się sami bronili, lub innego pełnomocnika temu c. k. sądowi przedstawili.

Z rady ces. król. Sądu obwodowego.

Tarnów dnia 27. Września 1860.

JOHANN NEPOMUK GALLI,
Bildhauer und Steinmetz,

nimmt sich die Ehre einem gebrüten P. T. Publicum bekannt zu geben, daß er seine Wohnung und Werkstätte aus der Franciscaner Gasse Nr. 220 in das eigene Haus Zvierzyniecer Gasse bei den Planten
Nr. 211 alt, Nr. 8 neu Gm. IX.

(2286. 1-3)

Wiener - Börse - Bericht

vom 24. Oktober.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Währ.
In Ost. B. zu 5% für 100 fl.	61.50	61.75
Aus dem National-Anteilen zu 5% für 100 fl.	75.40	75.70
Bom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	96 —	97 —
Metalliques zu 5% für 100 fl.	64.40	64.60
ditto 4 1/2% für 100 fl.	58.40	58.50
ditto 4 1/2% für 100 fl.	125 —	125.50
1854 für 100 fl.	88.50	88.75
1860 für 100 fl.	87.75	88.00
Gömo-Renten-Scheine zu 4% austr.	16. —	16.30

B. Der Kronländer.

	Grundlastung & Obligationen	
von Nied. Österr. zu 5% für 100 fl.	88 —	89 —
von Mähren zu 5% für 100 fl.	86. —	87. —
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	86. —	87. —
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87. —	88. —
von Tirol zu 5% für 100 fl.	96. —	—
von Kärt. Kraut. u. Küst. zu 5% für 100 fl.	8 —	89. —
ein Augarn zu 5% für 100 fl.	67.25	67.75
von Lom. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	65.75	66. —
von Galizien zu 5% für 100 fl.	65.50	66.50
von Sieben. u. Bułownie zu 5% für 100 fl.	64.75	65. —

Aktionen.

	Aktionen.	
der Nationalbank	747 — 749 —	dt. St.
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B.	167.50	167.60
der Nied.-öst. Econome-Gesellsc. zu 500 fl. öst. W.	541 —	542 —
der Kais.-Kred.-Geb.-Nordbahn 1000 fl. G.M.	1820 —	1828 —
oder 500 fl.	256.50	257. —
der Kais.-Elisabeth.-Bahn zu 200 fl. G.M.	178.50	179.50
der Süd.-nord. Verbund-B. zu 200 fl. G.M.	112. —	113. —
der Theiss. zu 200 fl. G.M. mit 14% fl. (70% G.M.	47 —	47 —
der Südl. Staats.-länd.-ven. und Gente.-Stal. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 fl.	144 —	144.50
der galiz. Karl-Ludwigs-Bahn zu 200 fl. G.M. mit 120 fl. (60%) Einzahlung	149.50	150. —
der österr. Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. G.M.	400 —	402 —
der österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. G.M.	150	

Amtsblatt.

N. 11624. Edict. (2276. 1-3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird bekannt gemacht, daß über Einschreiten des Nathan Steinberg zur Hereinbringung der, mit der rechtskräftigen Zahlungsordnung vom 6. December 1859 N. 12657 Abs. VII. auf den beim Ersteher David Hauser ausstehenden Kaufschilling für Nathan Steinberg collocirten Forderung von 3159 fl. 11 $\frac{1}{4}$ gr. sammt 5% Zinsen seit 30. März 1854 und der gegenwärtigen Executionskosten im gemäßigten Betrage 15 fl. 59 kr. ö. W. die Relicitation des Platzes „Dylowski“ genannt sammt Gebäuden Nr. 212 Gde. VI. in der Vorstadt Kazimierz auf Gezahl und Kosten des David Hauser bewilligt und unter nachstehenden Bedingungen in einem Termine am 29. November 1860 um 10 Uhr Vormittags bei diesem k. k. Landes-Gerichte vorgenommen werden wird:

1. Zum Ausrufpreise wird der, bei der vorigen Feilbietung von David Hauser angenommene Meistbot im Betrage von 20010 fl. festgelegt mit dem, daß diese Realität auch unter dem Sägungswertie, jedoch mit Beobachtung des §. 433 G. O. hintangegeben wird.
2. Jeder Kaufstüttige hat den zehnten Theil des Ausrufpreises, das ist die Summe von 2000 fl. im Baaren, oder in kais. österr. Staatsobligationen oder in Pfandbriefen der gal. ständ. Creditanstalt sammt den hierzu gehörigen Coupons nach dem Curse, der am Tage der Feilbietung aus der, von dem Kaufstüttigen mitzubringenden und dem Licitationsacte beizulegenden „Krakauer Zeitung“ vom nächstvorhergehenden Tage zu entnehmen sein wird und den Nennwert der Staatsobligationen oder Pfandbriefen nicht übersteigen darf, als Badium zu Händen der Licitationscommission zu erlegen, welches, wenn es baar erlegt wird, dem Ersteher in das erste Drittel des Kaufpreises eingerechnet, den übrigen Kaufstüttigen aber nach beendiger Licitation allsogleich zurückgestellt werden wird.
3. Der Ersteher ist verpflichtet, binnen 30 Tagen nach Zustellung des den Licitationsact zu Gericht annehmenden Bescheides, den zten Theil des Kaufschillings mit Einrechnung des im Baaren erlegten Badiums, oder falls dasselbe in Obligationen erlegt worden wäre, gegen vorläufige Entlösung an das gerichtliche Depositenamt zu erlegen, worauf ihm auch ohne sein Einschreiten, jedoch auf seine Kosten der physische Besitz der erstandenen Realität übertragen werden wird.
4. Die übrigen zwei Drittel des angebotenen Kaufpreises hat der Ersteher, binnen 30 Tagen, nach Rechtskraft der Zahlungstabelle der zu dem Kaufpreise konkurrierenden Gläubiger dieser Zahlungstabelle gemäß zu bezahlen, inzwischen aber von diesem Kaufschillinge die Zinsen zu 5% vom Tage des ihm übergebenen physischen Besitzes, halbjährig recursive in das gerichtliche Depositenamt zu erlegen.
5. Der Ersteher hat vom Tage des ihm übergebenen physischen Besitzes jener Realität die darauf hafenden Steuern und sonstigen öffentlichen und Gemeindeabgaben zu tragen, wie auch jene Lasten, deren Zahlung die Hypothekargläubiger vor dem bedungenen oder gesetzlichen Aufklärungstermine nicht annehmen wollten, nach Maß des angebotenen Kaufpreises, zu übernehmen.
6. Nach Ertrag des ersten Dritttheiles des Kaufpreises wird dem Ersteher auch ohne sein Ansuchen das Eigenthumsdecree bezüglich jener Realität erheit, derselbe auch ohne sein Ansuchen, jedoch auf seine Kosten als Eigenthümer dieser Realität intabulirt, und dessen Verbindlichkeit die übrigen zwei Dritteln des Kaufpreises sammt 5% Zinsen der 4ten Licitationsbedingung gemäß — zu bezahlen, gleichzeitig sichergestellt; hingegen werden die im Lastenstande dieser Realität haftenden Lasten, mit Ausnahme der Grundlasten und namentlich der in der Rubrik der Eigenthumsbeschränkungen vor kommenden Servitut derjenigen, welche die Gläubiger beim Ersteher zu belassen sich erklären, und worüber letzterer sich bei Ertrag des Kaufschillingsdrittels ausgewiesen haben wird, extabulirt und auf den erlegten und intabulirten Kaufpreis übertragen.
7. Die Gebühren für die Uebertragung des Eigenthums, für die Intabulierung des Ersteher als Eigenthümer und für die Sicherstellung des Kaufpreises, hat der Ersteher aus Eigenem, ohne Anspruch auf Ersatz zu berichten.
8. Sollte jedoch diese Realität bei dem zur Feilbietung anberaumten Termine nicht um einen solchen Preis an Mann gebracht werden können, wodurch sämmtliche Hypothekargläubiger gedeckt wären, so wird für diesen Fall die Tagssagung auf den 29. November 1860, 4 Uhr Nachmittags zur Einvernehmung der Gläubiger, nach §§. 148—152 G. O. und Festsetzung der erleichternden Bedingungen, bestimmt.
9. Sollte der Käufer irgend einer Licitationsbedingung nicht Genüge leisten, so wird auf seine Gefahr und Kosten, ohne seiner Einvernehmung die Relicitation ohne einer neuen Schätzung in einem einzigen Termine vorgenommen, bei welchem diese Realität um jeden Preis auch unter dem SchätzungsWerthe verkauft werden wird, und der vertragsschützige Käufer bleibt für jeden hieraus entstehenden Schaden, nicht nur mit seinem Badium,

sondern auch mit seinem ganzen Vermögen verantwortlich.

10. Hinsichtlich der auf dieser Realität haftenden Lasten, Steuern und sonstigen Abgaben werden die Kaufstüttigen an das Hypothekenamt und das Steueramt gewiesen. Der Beschlagnahmact kann in der h. g. Registratur eingesehen werden.
- Von dieser Licitationsauschreibung werden verständigt: Beide Parteien und die Gläubiger, und zwar: der dem Wohnorte nach unbekannte Michael Wiśniewski oder dessen allfällige Erben und Rechtsnehmer, dann jene Gläubiger, die nach dem 26. Juli 1857 an die Gewähr gelangt sind, oder denen der Licitationsbescheid nicht zugefellt werden könnte, mittelst des ihnen zu dieser und der nachfolgenden gerichtlichen Verhandlung bestimmten Curators Advokaten Hrn. Witski mit Substitution des Advokaten Hrn. Kucharski.

Krakau, am 2. October 1860.

L. 11624. Obwieszczenie.

C. k. Sąd krajowy podaje do publicznej wiadomości, iż na żądanie Nathana Steinberga celem zaspokojenia sumy 3159 złp. 11 $\frac{1}{4}$ gr. z p. n. dozwoloną została relicytacja realności pod N. 212 w Gm. VI. w przedmieściu Kazimierz w Krakowie położonej, która w jednym terminie na dniu 29. Listopada 1860 o godzinie 10ej przedpołudniem, w tutejszym c. k. Sądzie krajowym pod następującymi warunkami, odbędzie się:

1. Cena wywołania ustanawia się przy poprzedniej licytacji przez Dawida Hausera ofiarowanego w kwocie 20,010 złp. z tym dodatkiem, iż realność ta nawet niżżej ceny szacunkowej jednak z zachowaniem §. 433 P. S. sprzedaną zostanie.
2. Każdy chęć kupna mający obowiązany będzie złożyć do rąk komisji licytacyjnej jako wadyum dziesiątą część ceny wywołania, to jest sumę 2000 złp. w gotówce, lub w c. k. austriackich obligacyjach rządowych, lub w listach zastawnych galicyjskiego stanowego kredytowego instytutu z kuponami, podług kursu wedle Gazety Krakowskiej z dnia licytacji poprzedzającejgo. W razie złożenia wadyumu w gotówce, wrachuje się nabywcy w pierwszą trzecią część ceny kupna, innym zaś kupującym po skończonej licytacji zwrocone będzie.
3. Nabywca obowiązany będzie, w przeciągu dni 30ty po doręczeniu mu rezolucji aktu licytacji do wiadomości sądowej przyjmującą, trzecią część ceny kupna wrachowawszy to złożone w gotówce wadyum lub w raze gdyby toż w obligacyjach złożone było, za poprzednią wymianą tychże obligacyj na gotówkę do depozytu sądowego złożyć, po czym mu nawet bez jego żądania jednak na jego koszt fizyczne posiadanie nabytej realności oddane zostanie.
4. Pozostałe dwie trzecie części ofiarowanej ceny kupna powinien nabywca w przeciągu dni 30ty od czasu prawomocności tabeli płatniczej stosownie do tejże zapłacić, tymczasem jednak przypadające od tej ceny kupna od dnia oddanego mu fizycznego posiadania procenta po 5% półroccznie z góry im bestem zastawu, zaintabulowane będzie, również dla niej podatki i inne publiczne i gminne opłaty uszczerać, jakoté owe ciężary, których wierzyce hypoteczni przed umówionym lub prawnym terminem wypowiedzenia przyjaćby nie chcieli, w miarę ofiarowanej ceny kupna przyjąć.
5. Po złożeniu pierwszej trzeciej części ceny kupna, nabywcy nawet bez jego żądania dekret własności co do nabytej realności wydany, on za właściciela na jego koszt oraz stosownie do 4go warunku licytacji zobowiązanie jego do zapłacenia pozostały dwóch trzecich części ceny kupna wraz z procentem po 5%, zaintabulowane będzie, również dla niej podatki i inne publiczne i gminne opłaty uszczerać, jakoté owe ciężary, których wierzyce hypoteczni przed umówionym lub prawnym terminem wypowiedzenia przyjaćby nie chcieli, w miarę ofiarowanej ceny kupna przyjąć.
6. Po złożeniu pierwszej trzeciej części ceny kupna, nabywcy nawet bez jego żądania dekret własności co do nabytej realności wydany, on za właściciela na jego koszt oraz stosownie do 4go warunku licytacji zobowiązanie jego do zapłacenia pozostały dwóch trzecich części ceny kupna wraz z procentem po 5%, zaintabulowane będzie, również dla niej podatki i inne publiczne i gminne opłaty uszczerać, jakoté owe ciężary, których wierzyce hypoteczni przed umówionym lub prawnym terminem wypowiedzenia przyjaćby nie chcieli, w miarę ofiarowanej ceny kupna przyjąć.
7. Nabywca uścić będzie winien opłaty należące się za oddanie własności, za intabulowanie go jako właściciela i za ubezpieczenie ceny kupna, bez potracenia.
8. W raze jednak, gdyby realność ta w powyższym terminie za taką cenę, którąby wszystkich wierzyce hypotecznych zaspokoioła, przedaną być niemożla, naznacza się do przesłuchania wierzyce i ustawnienia lagodniejszych warunków stosownie §§. 148—152 P. S. termin na dzień 29go Listopada 1860 o godzinie 4tej popołudniu.
9. Gdyby nabywca którykolwiek warunku licytacji niewypełnił, w takim raze relicytacja na jego koszt i niebezpieczeństwo bez nowego oszacowania w jednym terminie przedsięwzięta i realność ta nawet poniżej ceny szacunkowej sprzedaną będzie, a nie-

dotrzymującą kontraktu nabywca nietylko swoim wadyum lecz i całym swym majątkiem za wyniką z tego powodu szkodę odpowidać będzie.

10. Co do wiadomości cięzarów, podatków i innych opłat odsyła się chęć kupna mających do urzędu hypotecnego i urzędu podatkowego. Akt zajęcia może być w tutejszej registraturze przesypany.

O rozpisaniu téj relicytacyi uwiadamiają się strony sporne i wierzyce hypoteczni, mianowicie: p. Michał Wiśniewski z miejscowością pobytu nie wiadomy lub w raze jego śmierci, jego z nazwiska i miejscowości pobytu niewiadomi spadkobiercy i prawonabywcy, wszyscy wierzyce hypoteczni, którzy po 26. Lipca 1857 ubezpieczyli się, lub którym niniejsza rezolucja bądkówieck z jakiego powodu doręczona były niemożla przez kuratora p. adwokata Witskiego z substytucją p. adwokata Kucharskiego do téj i następnych czynności ustanowionego.

Kraków, dnia 2. Października 1860.

Kundmachung. (2270. 1-3)

Von Seite der Krakauer k. k. Genie-Direction wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Erzeugung des für das Militär-Jahr 1861 erforderlich werden den Quantums an

Bruchsteine

in dem fortif. Steinbrüche unterhalb St. Benedict zu Podgórze oder auf Krzemionki im schriftlichen Offerte an den Mindestfordernden unter Vorbehalt der hohen Genehmigung überlassen, und die diesfällige Verhandlung in der hiesigen Militär-Bau-Verwaltungs-Kanzlei (Grod-Gasse Haus-Nr. 51 im 2. Stock)

am 6. November 1860

in der 10. Vormittagsstunde abgehalten werden wird. Die diesfälligen schriftlichen Offerte sind daher bis zu diesem einberaumten Zeitpunkte in der obbesagten Kanzlei einzureichen.

Die Erzeugung der Bruchsteine hat sogleich nach erfolgter schriftlicher Anweisung durch den Bestbieter zu geschehen und ist so zu betreiben, daß immer ein Vorath von wenigstens 60 Kub.-Klafter zur Uebernahme auf dem Depot-Platz im Steinbrüche bereit stehen.

Der Unternehmer hat alle zu dieser Erzeugung nötigen Brechwerkzeuge und sonstige Requisiten, dann das zur Sprengung erforderliche Pulver stets aus Eigenem beizugeben, und das Schlichten der gebrochenen Steine in regelmäßige Figuren auf die ihm jedesmal bestimmt werden den Plätze im Steinbrüche auf seine Rechnung selbst zu besorgen.

Ferner muß der Unternehmer den bei dieser Erzeugung sich ergebenden Schotter, und nicht übernommenen kleinen Steine, um den Steinbrüche nicht zu verlegen, ersteren ausplanieren, und Lehmte auf Haufen für die Verführung zusammen tragen lassen, die entstandenen Vertiefungen ausfüllen und den Steinbrüche überhaupt im besten Zustande erhalten, darf jedoch weder hiefür noch für eine etwa notwendig werdende Abdeckung des Steinbrüches eine Vergütung antreten.

Der Unternehmer ist auch gehalten, nur Steine großer Gattung zwischen $\frac{3}{4}$ und 6 Kubikshuh zu erzeugen und es darf kein Stein weniger als $\frac{3}{4}$ aber auch nicht mehr als 6 Kubikshuh Größe haben; kleinere Steine gehören im Schutt, während die größeren entsprechend zu verkleinern sind.

Weiter ist es Sach des Ersteher zur Stein-Erzeugung verlässliche, und im Sprengen geübte Individuen aufzunehmen und auf seine Kosten zu verwenden, es ist ihm jedoch unter keinerlei Bedingung gestattet, die erstandene Arbeit an einen Subcontrahenten zu übergeben.

Muß es der Genie-Direction frei gestellt bleiben, in einem oder dem andern Steinbrüche nach eigenen Gutachten die Brecharbeiten einzustellen.

Jedermann, welcher diese Erzeugung übernehmen will, hat seinem schriftlichen Offerte ein Badium von 100 fl. Sage: Einhundert Gulden in österr. Währ. beizulegen welcher Betrag im Erfahrungsfalle zur Caution von 200 fl. erhöht werden muß; den Nächsterstehern wird selbstverständlich nach der Verhandlung das eingelegte Badium sogleich zurückgestellt.

Sowohl das Badium als auch die Caution kann entweder im Baaren, oder in k. k. Staats-Obligationen nach dem börsenmäßigen Curse erlegt werden, wobei sich jedoch der Ersteher verbindlich machen muß, nicht allein mit dieser Caution sondern mit seinem ganzen beweglichen und unbeweglichen Vermögen für die contraktliche Uebernahme der Stein-Erzeugung zu haften.

Offerte welche andere Bedingungen als die vorstehenden und die in der Militär-Bau-Verwaltungs-Kanzlei zu gewöhnlichen Amtsständen einzusehenden besonderen Bedingungen enthalten, werden nicht berücksichtigt.

Die einzureichenden — wie bereits erwähnt — mit dem Badium zu versendenden schriftlichen Offerte sind in nachstehender Art zu verfassen.

36 fl. Stempel.

Offert.

Ich Endesgesetzter mache mich hiermit verbindlich, die mit der Licitations-Kundmachung vom 15. October 1860 ausgeschriebene Erzeugung der Bruchsteine pr. 1861 in dem fortif. Steinbrüche unterhalb St. Benedict oder auf Krzemionki um den Preis von

fl. kr.

Geb. 148—152 P. S. termin na dzień 29go Listopada 1860 o godzinie 4tej popołudniu.

Gdyby nabywca którykolwiek warunku licytacji niewypełnił, w takim raze relicytacja na jego koszt i niebezpieczeństwo bez nowego oszacowania w jednym terminie przedsięwzięta i realność ta nawet poniżej ceny szacunkowej sprzedaną będzie, a nie-

miem ganzen beweglichen und unbeweglichen Vermögen für die richtige Einhaltung der mit gegenwärtigen Offerte eingeschlagenen Verbindlichkeiten.

N. N. den ten Namen Wohnort und Haus-Nr. k. k. Genie-Direction.

Krakau, am 15. October 1860.

3. 7895. Edict. (2253. 1-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird über das Einschreiten des Ascher Eibenschütz bei dem Umstände, als die nach Einvernehmung der Hypothekargläubiger behufs Festsetzung der erleichternden Bedingungen zur Befriedigung der dem Ascher Eibenschütz gegen Heinrich Beck zuekantnen Forderung im Betrage von 150 fl. holl. sammt Nebengebühren unterem 12. October 1859 pr. 7210 im dritten Termine ausgeschriebenen executive Feilbietung des dem sachfälligen Heinrich Beck gehörigen Dritttheils der im Tarnów, sub NC. 88 liegenden Realität unterm 27. Januar 1860 A. E. 3. 7216/1859 auf 3 Monate sistirt wurde, über Einschreiten des Executionsführers zur Hereinbringung obiger Forderung s. N. G. und der gegenwärtig im Betrage von 38 fl. 50 kr. ö. W. zuekantnen Executionskosten die executive Feilbietung des dem Heinrich Beck libr. Tom. 11 pag. 238 n. 23 här. gehörigen 3ten Theils der in Tarnów sub Nr. 88 Vorst. Zawale gelegenen Realität in einem einzigen Termine bewilligt, welche am 30. November 1860 um 10 Uhr Vormittags hiergerichts unter nachstehenden Bedingungen abgehalten werden wird:

1. Zum Ausrufpreise des zu veräußernden 3. Theiles obiger Realität wird der gerichtlich erhobene SchätzungsWerth pr. 6227 fl. 26 $\frac{3}{4}$ kr. EM. angenommen, jedoch wenn Niemand solchen über oder um den SchätzungsWerth kaufen wollte, so wird der frägliche Realitätsanteil auch unter dem SchätzungsWerthe hintangegeben werden.
2. Jeder Kaufstüttige hat vor Stellung eines Anbots den 20. Theil des SchätzungsWerthes in der Summe von 310 fl. EM. oder 325 fl. 50 kr. ö. W. im Baaren oder in österreichischen auf den Ueberbringer lautenden verzinslichen Staatschuldverschreibungen, oder in Pfandbriefen des galiz.-ständischen Credits-Verein jedoch in den genannten Werths-Papieren bloß nach ihrem letzten vom Kaufstüttigen auszuweisenen Curse und nicht über deren Nennwert als Badium zu Händen der Licitations-Commission zu erlegen. Das Badium des Ersteher wird zurückbehalten, das der übrigen Mitbietenden aber gleich nach beendiger Versteigerung zurückgestellt werden.
3. Der Ersteher ist verpflichtet, binnen 30 Tagen nach Zustellung des den Feilbietungsact zu Gericht annehmenden Bescheides, den 3ten Theil des Kaufschillings mit Einrechnung des im Baaren erlegten Badiums an das h. g. Depositenamt zu erlegen, wogegen ihm das in Staatspapieren erlegte Badium zurückgestellt werden wird.
4. Sogleich nach Ertrag des ersten Kaufschillings-Dritttheils wird dem Ersteher der 3. Theil des genannten Hauses in den physischen Besitz und Genuss übergeben und über sein Anlangen dessen Intabulierung als Eigenthümer jenes Realitätsanteils, so wie auch die Löschung sämtlicher Hypothekarlasten mit Ausschluß der Grundlasten und der im 6. Absatz bezeichneten Verbindlichkeit gegen deren Uebertragung auf den Kaufpreis und die hypothekarische Sicherstellung des schuldigen Kaufschillings-Werthes verfügt.
5. Vom Tage der Besitzesführung an, treffen den Ersteher alle Nutzungen und Vorteile, anderer Seits aber auch alle Steuer und sonstige öffentliche Abgaben, und es hat derselbe von diesem Tage angefangen die restlichen zwei Dritttheile des Kaufschillings mit jährlichen 5 Proc. halbjährig verfallen, zu verzinsen.
6. Die restlichen zwei Dritttheile dieses Kaufschillings hat der Ersteher binnen 30 Tagen nach zugesetzter Zahlungsordnung und in Gemäßheit derselben zu berichtigen, oder sich binnen derselben Frist über ein anderweitiges diesfalls mit den überwiesenen Gläubigern getroffenes Ueberkommen auszuweisen, die zur Befriedigung gelangten Tabularforderungen, deren Zahlung vor der etwa bedungenen Aufkündigungfrist nicht angenommen werden sollte, in seine Verbindlichkeit zu übernehmen.
7. Die Kosten der Uebertragung des Eigenthumsrechtes und der hypothekarischen Sicherstellung des Kaufschillings hat der Ersteher allein zu tragen.
8. Sollte der Ersteher auch nur eine von den festgesetzten Licitationsbedingungen nicht erfüllen, so wird der 3. Theil des Hauses Nr. 88 auf seine Gefahr und Kosten auch bei einem einzigen Termine und selbst unter dem SchätzungsWerthe an Mann gebracht werden.
9. Von der Ausschreibung dieser Licitation werden alle Hypothekargläubiger, namentlich die liegende Masse der Barbara und des Herrn Michael Kraczyński, dann alle jene Gläubiger, welche nach dem

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski wiadomo niniejszym czyni, że na żądanie Aschera Eibeschütza i z pozwu że za poprzedniem przesłuchaniem wierzycieli hipotecznych celem ustanowienia lekszych warunków licytacji, rozpisana pod dniem 12. Października 1859 do L. 7216 3cie licytacya przymusowa, trzeci części realności pod Nr. 88 w Tarnowie na przedmieściu Zawale położonej, a to w celu zaspokojenia wierzytelności Aschera Eibeschütza przeciw panu Henrykowi Beck w ilości 150 duk. holenderskich wraz z przynależościami przyznanej wyrokiem sądu polubownego z dnia 8. Grudnia 1850 pod dniem 27. Stycznia 1860 do L. 7216/1859 na trzy miesiące wstrzymaną została, odbędzie się w celu zaspokojenia powyższej wierzytelności wraz z należościami i obecnie przyznanymi kosztami egzekucji w ilości 38 złr. 50 kr. w. a., publiczna licytacja przymusowa w trzeciej części realności lib. dom. 11 pag. 238 n. 23 hār. do p. Henryka Beck należącej w Tarnowie pod Nr. 88 na przedmieściu Zawale położonej w jednym terminie a mianowicie na dniu 30. Listopada 1860 o godzinie 10:00 zrana pod następującymi warunkami:

1. Za cenę wywołania sprzedaje się mającej 3ciej części powyższej realności stanowiącej sądowo wypośrodkowaną wartość szacunkową w ilości 6227 złr. 26 $\frac{3}{4}$ kr. mk. Gdyby jednak nikt więcej, a przynajmniej tej sumy nie ofarował, to powyższa część realności tej, sprzedając zostanie nawet niżej ceny szacunkowej.
2. Każdy chęć kupna mający ma złożyć przed zaczęciem licytowania 20ta część wartości szacunkowej w ilości 310 złr. mk. czyli 325 złr. 50 kr. w. a. w gotówce, albo też w austriackich na okaziciela brzmiących i procent przynoszących obligacyjach, albo też w listach zastawnych galicyjskiego Towarzystwa kredytowego, jednakże w wspomnionych papierach tylko według ich ostatniego przez kupującego wykazanego kursu nie wyżej ich wartości nominalnej jako wadym na ręce komisji licytacyjnej, które wadym najwięcej ofiarującego zatrzymane, innych zaś współlitycyujących zaraz po skonczonej licytacji zwrócone zostanie.
3. Kupiciel obowiązany jest w przeciągu 30 dni po otrzymaniu rezolucji aktu licytacyjnego wiadomość o złożeniu 3ciej części ceny kupna za wliczenie w gotówce złożonego wadymu, do tutejszo - sądowego depozytu, poczem mu wady w papierach rzadowych złożone, zwróconym będzie.
4. Zaraz po złożeniu 1.000 trzeciej części ceny kupna kupiciel w fizyczne posiadanie i użwanie 3ciej części powyższej realności wprowadzonych na jego żądanie za właściwą drugą stroną za obowiązany jest także od tego dnia poczawszy opłacić wszystkie podatki i publiczne daniny i 5% odsetki od resztujących dwóch trzecich części ceny kupna w półroczeniach ratach z doli.
5. Od dnia wprowadzenia kupiciela w fizyczne posiadanie, kupiciel ma prawo do wszystkich pozytków i korzyści nabytej części realności z drugiej strony za obowiązany jest także od tego dnia poczawszy opłacić wszystkie podatki i publiczne daniny i 5% odsetki od resztujących dwóch trzecich części ceny kupna w półroczeniach ratach z doli.
6. Resztujące dwie trzecie części ceny kupna obowiązany będzie kupiciel w przeciągu 30 dni po odebraniu tabeli płatniczej stosownie do niej wypłacić, albo też w tym samym czasie wykazać się, że się z przekazanymi wierzycielami inaczej ugodził, wierzytelności hipoteczne zaś z ceny kupna zaspokoić się mające, których wypłata przed umówionym wypowiedzeniem przyjęta by nie była na siebie przyjęta.
7. Koszta przeniesienia prawa własności i hipotecznego zabezpieczenia ceny kupna, kupiciel sam ponosić ma.
8. Gdyby kupiciel którykolwiek z ustanowionych warunków licytacyjnych niedopełnił, natomiast trzecia część domu pod Nr. 88 na jego niebezpieczeństwo i koszt w jednym tylko terminie i niżej ceny szacunkowej sprzedana będzie.

O rozpisaniu niniejszej licytacji zawiadamieni zostają wszyscy wierzyciele hipoteczni, a mianowicie leżąca masa po Barbarze i Michale Krasickich, tudzież wszyscy ci wierzyciele którzy by po 9. Listopadzie 1857 do ksiąg hipotecznych weszli, albo którymby terażniejsza rezolucja licytacyjna albo całkiem nie, albo też nie na czasie doręczona została, do rąk im ustanowionego kuratora p. adwokata Dr. Rosengerga, któremu pan adwokat Dr. Hoborski za substytut jest przydany.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 23. Sierpnia 1860.

N. 13992. E dy k t. (2280. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym czyni wiadomo, że pod dniem 28. Września 1860 L. 13992 wniosły p. Feliks Piękos i inny pozew o zapłacenie sumy wekslowej 300 złr. w. a. z przynależościami i że w załatwieniu tegoż pozwu

bytu niewiadomemu, a jeżeli nie żyje przeciw jego niewiadomym spadkobiercom o uznanie, że ewikcyja na mocu kontraktu kupna i sprzedaży z Kajetanem Borowskim pod dniem 5go Lutego 1814 zawartego za długi z dóbr Brzeziny średnie wyextabuować się mające w stanie biernym dób Jaszczurowa dla Wojciecha Morskiego dom. 66 pag. 430 n. 12 on. zaintabułowańa przez przedawnie zgasła i z stanu biernego rzeczywistych dób wyextabuowaną być ma, prosząc o pomoc sędziego, w skutek czego termin do postępowania ustnego na dzień 20. Grudnia 1860 o godzinie 9:00 zrana została wyznaczony.

Gdy zaś życie i pobyt pozwanego niejest wiadomy, przeto c. k. Sąd obwodowy Tarnowski ustanowił kuratorem tegoż i na jego koszt i niebezpieczeństwo tutejszego adwokata p. Dr. Rosengerga z substytucją p. adwokata Dr. Hoborskiego z którym wytoczona sprawa według porządku sądowego dla Galicyi przeznaczonego odbywać się będzie.

Tym więc edyktem wzywa się pozwanego by wcześniej albo sam zgłosił się, lub też dowody prawne ustanowionemu kuratorowi wręczył, lub nareszcie innego obronę sobie obrał, w ogóle by potrzebnych do obrony prawnych środków użył, inaczej bowiem skutki z zaniedbania wynikle sobie samemu przypisać będzie musiał.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 10. Października 1860.

L. 14150. E dy k t. (2281. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym czyni wiadomo że pod dniem 1. Października 1860 L. 14150 wniosły p. Felix Piękos i inny pozew przeciw panu Michałowi Grabowskemu z życia i miejsca pobytu niewiadomym, a jeżeli nie żyje przeciw jego niewiadomym spadkobiercom o uznanie że wszelkie prawo dla pozwanego w pozycji dom. 66 pag. 429 n. 4 i 7 on. na dobrach Jaszczurowa i dom. 123 pag. 75 n. 4 on. na dobrach Jaszczurowa medietas ciążących przysłużające przez przedawnienie zgasły i że zatem pominięte pozycje z dóbr Jaszczurowa i Jaszczurowa medietas wyextabuowane być mają, prosząc o pomoc sędziego, w skutek czego termin do postępowania ustnego na dzień 20. Grudnia 1860 o godzinie 9:00 zrana została wyznaczony.

Gdy zaś życie i pobyt pozwanego niejest wiadomy, przeto c. k. Sąd obwodowy Tarnowski ustanowił kuratorem tegoż, na jego koszt i niebezpieczeństwwo tutejszego p. adwokata Dr. Rosengerga z substytucją p. adwokata Dr. Hoborskiego z którym wytoczona sprawa według porządku sądowego dla Galicyi przeznaczonego odbywać się będzie.

Tym więc edyktem wzywa się pozwanego by wcześniej albo sam zgłosił się, lub też dowody prawne ustanowionemu kuratorowi wręczył, lub nareszcie innego obronę sobie obrał, w ogóle by potrzebnych do obrony prawnych środków użył, inaczej bowiem skutki z zaniedbania wynikłe sobie samemu przypisać będzie musiał.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 10. Października 1860.

N. 13675. E dy k t. (2251. 1-3)

Bom f. k. Krakauer Landes-Gerichte wird dem abwenden und dem Aufenthalte nach unbekannten Hrn. L. Kronengold mittels gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben Hr. Alois Stein, Handelsmann in Wien, durch seinen Vertreter Hrn. Adwokaten Dr. Mraček unterm 3. Juli l. J. 3. 10151 bei diesem f. k. Gerichte wegen Zahlung der Wechselsumme pr. 1 fl. 98 kr. f. N. G. eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 9. Juli l. J. 3. 10151 der Auftrag zur Zahlung der obigen Summe samt 6% vom 24. Juni l. J. zu zahlenden Verzugssätzen, ferner zur Zahlung der Protestkosten pr. 9 fl. 72 kr. öst. W. binnen 3 Tagen bei wechselseitlicher Execution erlossen ist.

Da der Aufenthaltsort des Belangten diesem f. k. Gerichte unbekannt ist, so hat das f. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Adwokaten Hrn. Dr. Geissler mit Substitution des Adwokaten Hrn. Dr. Blitzfeld als Curator bestellt, welchem der überwähnte Zahlungsauftrag zugestellt und mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzuteilen, oder auch einen andern Vertreter zu wählen und diesem f. k. Landesgerichte anzugeben, überhaupt zur Vertheidigung dienlichen vor schriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Gdy miejsce pobytu pozwanego temuż c. k. Sądowi nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak również na koszt i bezpieczeństwo tegoż tutejszego adwokata Dr. Geisslera z substytucją adwokata Dr. Blitzfelda kuratorem nieobecnego ustanowił, któremu ów nakaz zapłaty doręczony i z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego dla Galicyi obowiązującego przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu aby w zwykły oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obronę sobie wybrał i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniósł w ogóle zaś aby wszelkich

możliwości do obrony prawnych środków użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisać musiał.

Kraków, dnia 1. Października 1860.

N. 13675. E dy k t.

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem i z miejsca pobytu niewiadomego p. L. Kronengold że przeciw niemu pan Alojzy Stein, kupiec w Wiedniu, przez adwokata swego Dr. Mračka pod dniem 3. Lipca b. r. do L. 10152 w tym c. k. Sądzie wniosły pozew o zapłacenie sumy wekslowej 194 złr. 98 kr. w. a. z przynależościami i że w załatwieniu tegoż pozwu pod dniem 9. Lipca 1860 do L. 10151 wypadły nakaz zapłaty zwykłej rzeczonej sumy wraz z odsetkami 6 od sta, począwszy od 21. Czerwca b. r. płacić się mającemi i kosztami protestu w ilości 2 złr. 82 kr. wal. a., jakotż i zmodyfikowanemi kosztami sądowemi w ilości 7 złr. 22 kr. wal. a. w przeciągu dni 3 pod rygorem egzekucji.

Gdy miejsce pobytu pozwanego temuż c. k. Sądowi nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak również na koszt i bezpieczeństwa tegoż, tutejszego adwokata p. Dr. Geisslera z substytucją adwokata Dr. Blitzfeld kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym

spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzony będzie.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig dokumentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekennnisses, des sittlichen und politischen Verhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der praktischen Salzspeditions- und Magazinirungs-Kenntnisse, vollständiger Gewandtheit im Rechnungs- und Conzeptsfache und der Kenntniss der slavischen Sprache vorzugsweise aber der polnischen Sprache endlich der Cautionsfähigkeit und unter Angabe ob und in welchem Grade sie mit Beamten der f. k. Berg- und Salinen-Direction in Wieliczka verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden bei dieser Direction bis 18. November 1860 einzubringen.

Von der f. k. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, am 18. October 1860.

N. 4057. Concurskundmachung. (2272. 1-3)

Zu besiegen ist die Einnehmerstelle, bei dem f. k. Salznielerlagsamt zu Sieroslawice in der X. Diätencasse, dem Gehalte jährlicher Siebenhundert dreißig fünf Gulden österr. Währ. freier Wohnung und dem Betrage des systemmäßigen Salzdeputates von 15 Pf. per Familienkopf und mit der Verbindlichkeit zum Erlage einer Caution im Betrage von 735 fl. ö. W.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig dokumentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekennnisses, des sittlichen und politischen Verhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der erforderlichen Kenntniss in der Salzmanipulation so wie gründliche Kenntniss im Kassa- und Berechnungswesen, Kenntniss der polnischen oder einer andern slavischen Sprache der Cautionsfähigkeit und unter Angabe ob und in welchem Grade sie mit Beamten der f. k. Berg- und Salinen-Direction verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden bei dieser Direction binnen vier Wochen einzubringen.

Von der f. k. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, am 19. October 1860.

N. 13674. E dy k t. (2250. 1-3)

Bom f. k. Krakauer Landesgerichte wird dem abwenden und dem Aufenthalte nach unbekannten Hrn. L. Kronengold mittels gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben Hr. Alois Stein, Handelsmann in Wien, durch seinen Vertreter Hrn. Adwokaten Dr. Mraček unterm 3. Juli l. J. 3. 10151 bei diesem f. k. Gerichte wegen Zahlung der Wechselsumme pr. 194 fl. 98 kr. f. N. G. eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 9. Juli l. J. 3. 10151 der Auftrag zur Zahlung der obigen Summe samt 6% vom 24. Juni l. J. zu zahlenden Verzugssätzen, ferner zur Zahlung der Protestkosten pr. 9 fl. 72 kr. öst. W. binnen 3 Tagen bei wechselseitlicher Execution erlossen ist.

Bom f. k. Tarnower Kreisgerichte werden über Ansuchen der Elisabeth de Wysockis Gräfin Tarnowska und des Johann Gf. Tarnowski, Ludwig Szawłowski älter der minderjährigen Michael und Elisabeth Szawłowskie, Christine de Trylskie Wesolowska, Stanislaus Waguza und Bronisława de Szolayskie Brzyskiewicz behufs der Zuweisung der laut öffnung der Krakauer f. k. Grundentlastungs-Ministerial-Commission vom 3. December 1855 3. 7193 für die Güter Chorzelów s. Attin. Tarnower Kreises, und zwar: für Chorzelów mit 17014 fl. 37 $\frac{1}{2}$ kr. ö. W. — für Berdechów mit 3446 fl. 35 kr. — für Wolka mit 2855 fl. 57 kr. — für Toporów mit 2866 fl. 12 $\frac{1}{2}$ kr. — für Złotniki mit 15301 fl. 47 $\frac{1}{2}$ kr. — für Chrząstów mit 8822 fl. 17 $\frac{1}{2}$ kr. — für Chrząstów mit 5524 fl. — für Chruszynie mit 611 fl. 32 $\frac{1}{2}$ kr. ö. W. — Zusammen 56,443 fl. ö. W. und laut öffnung der Krakauer f. k. Grundentlastungs-Ministerial-Commission vom 28. December 1855 3. 7522 für die Güter Kliszów sammt Attin. Tarnower Kreises, und zwar: für Kliszów mit 19,682 fl. 20 kr. — für Brzyscie mit 7273 fl. 55 kr. — für Babucha mit 3997 fl. 45 kr. — für Galuszowice mit 8138 fl. 10 kr. ö. W. — Zusammen 39,092 fl. 10 kr. ö. W. ermittelten Urbarial-Entschädigungs-Capitals zusammen 95,535 fl. 10 kr. ö. W. diejenigen, denen ein Hypothekarrechte auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgefordert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis zum 15. Januar 1861 bei diesem f. k. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

a) die genaue Angabe des Vor- und Zunamens, dann Wohnortes (Haus-Nro.) des Anmelders und seines allfälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisierte Vollmacht beizubringen hat;

b) den Betrag der angesprochenen Hypothekarforderung, sowohl bezüglich des Capitals, als auch der allfälligen Zinsen, in so weit dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Capitale genießen;

c) die buchliche Bezeichnung der angemeldeten Post, und

d) wenn der Anmelder seinen Aufenthaltsort außerhalb des Sprengels dieses f. k. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten, zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigens dieselben lediglich mittels der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen geschene Zustellung, würden abgesendet werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde, so angesehen werden wird, als wenn er in die Überweisung seiner Forderung auf den obigen Entlastungs-Capitalsvorschuss nach Maßgabe der ihm treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß diese stillschweigende Einwilligung in die Überweisung auf den obigen Entlastungs-Capitalsvorschuss auch für die noch zu ermittelnden Beträge des Entlastungs-Capitals gelten werde; daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldefrist versäumende verliert auch das Recht Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein, von den erscheinenden Beteiligten im Sinne §. 5 des kaiserlichen Patentes vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen, unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer bürgerlichen Rangordnung auf das Entlastungs-Capital überwiesen werden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patentes vom 8. November 1853 auf Grund und Boden ver sichert geblieben ist.

Aus dem Rathe des f. k. Kreisgerichtes.

Tarnów, am 17. October 1860.

Buchdruckerei - Geschäftsführer: Anton Rother.

In der Buchdruckerei des „CZAS.“